

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Belegungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6052.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Werksammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 2 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt VI, Nr. 4108.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Beuth-Strasse 2.

Sonabend, den 30. Januar 1892.

Expedition: Beuth-Strasse 3.

Die schwarzen Listen und der Boykott.

In der Reichstags-Sitzung am 13. Januar wies der Abgeordnete Frohme darauf hin, daß auf dem Gebiete der Kinderarbeit und der weiblichen Nachtarbeit die Kontrolle durchaus unzulänglich sei, weshalb eine Vermehrung der Fabrikinspektoren unbedingt verlangt werden müsse. Im Fortgange der Debatte wurde dann über schwarze Listen und Boykott in Besonderen, wie über das Verhältnis zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer im Allgemeinen eine Menge Falsches vorgebracht.

Der deutsch-freisinnige Abgeordnete Schrader erklärte: Es ist keine Frage, daß vom geschäftlichen Standpunkte aus der Unternehmer das Recht hat, seine Arbeiter zu wählen wie er will, eine andere Frage aber ist, ob es von einem höheren Standpunkte aus zu billigen ist, Arbeiter wegen ihrer politischen und religiösen Ueberzeugung brotlos zu machen.

Es ist immerhin bemerkenswerth, daß sogar ein deutsch-freisinniger Abgeordneter neben dem geschäftlichen noch einen anderen Standpunkt gelten läßt, den er selbst als einen „höheren“ bezeichnet. Wenn es aber dem Freisinnigen, trotzdem er einen höheren Standpunkt anerkennt, fraglich bleibt, ob ein Arbeiter wegen seiner politischen oder religiösen Ueberzeugung brotlos gemacht werden dürfe, so befindet er sich dabei in Unkenntnis der sittlichen Pflichten oder im Gegensatz zu denselben.

Zur Sittlichkeit gehört das ganze Verhältnis des Menschen zum Menschen, ihre Voraussetzung ist die Anerkennung der Gleichheit alles dessen, was Menschenanliegen trägt. Das schließt wahre Sittlichkeit im Klassenstaate schon vollständig aus. Die Sittlichkeit hat im Klassenstaate nicht mehr Bedeutung, wie wirkliches Christenthum im „christlichen“ Staat.

Der freisinnige Abgeordnete Schrader konstruirt zwei Standpunkte, den Standpunkt des Geschäfts und einen „höheren“ den er seinem Wesen noch nicht bezeichnet. Ein sittlicher Standpunkt verlangt als Unterlage das Recht. Nicht das brutale Faustrecht der Macht, sondern das sittliche Recht der Gleichberechtigung des Nächsten. Der Standpunkt des Geschäfts sieht im Arbeiter eine käufliche Waare, von diesem Standpunkte aus hat der Unternehmer heute allerdings die Macht, seine Arbeiter zu wählen wie er will. Aber der Arbeiter bleibt auch im Arbeitsverhältnis ein Mensch, dem seine Menschenrechte durch den Arbeitsvertrag weder entzogen werden können, noch geraubt werden dürfen. Dieser Standpunkt des unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechts kann es doch nur sein, den der Abgeordnete Schrader als den höheren bezeichnet. Achtung des gleichen Rechts des Andern ist das höchste sittliche Gesetz.

Von jeher hat Derjenige für den größten aller Lumpen gegolten, welcher seine Meinung um äußerer Vortheile

willen verkauft. Diese Selbsterniedrigung, die sich als nichts anderes darstellt, als die Prostitution der Männlichkeit, muthet der Unternehmer denjenigen seiner Arbeiter zu, die er um ihrer politischen und religiösen Ueberzeugung willen brotlos zu machen droht. Ja mehr als das.

Der Arbeiter hat seine Familie, er liebt sie nicht minder als der Unternehmer die seinige. Diese Familie wird gleichzeitig dem Elend überantwortet, wenn das Familienhaupt sich das Recht der eigenen Meinung wahren will und deshalb aufs Pflaster geworfen wird. Und nicht genug, daß der Unternehmer für sich selbst das Recht in Anspruch nimmt, den Arbeiter brotlos zu machen, ganze Familien ins Elend zu jagen, durch die schwarzen Listen sorgt er auch dafür, daß der Gemahregelte überhaupt nicht wieder aus dem Elend herauskommt. Wenn heut kleine Gruppen von Unternehmern sich vereinigen dürfen, um unbequeme Meinungen aus ihren Arbeitsräumen zu entfernen und fern zu halten, muß man dann nicht dem ganzen Unternehmertum das Recht der Koalition in diesem Sinne zugestehen? Und wenn sich alle Unternehmer vereinigen, um keinen Sozialdemokraten zu beschäftigen, dann kann doch das nur zwei Resultate haben. Man zwingt die Arbeiter, ihre Meinung äußerlich abzuschwören, und damit zur Heuchelei, oder man verurtheilt sie mit Weib und Kind zum Hungertode. Der ganze Elend, den der Mensch empfindet, wenn er sich das päpstliche Kollegium bei Galiläa vorstellt, erfährt die Seele bei dem Gedanken an die schwarzen Listen, durch welche man den Arbeiter um das Einzige bringen möchte, was er vor den Lastthieren voraus hat, um die eigene Meinung. Sieht es im Bereich des Sittlichen einen Ausdruck, der das bezeichnet, was die schwarzen Listen sind?

Und wenn nun der Kapitalismus durch die Hungertur, die er über den selbstdenkenden Arbeiter verhängt, wirklich erreicht, daß schwache Seelen öffentlich ihre Meinung abschwören, glaubt er dadurch wirklich diese Meinung aus der Welt gebracht zu haben?

Wohl ist der Kapitalismus schnell mit dem Wort bei der Hand: Hiß dir selbst! Dieses Wort ist blutiger Hohn für den, dem es gesagt wird, und eine Insamie von dem, der es gebraucht. Wer dieses Wort dem brotlosen Arbeiter zuzurufen, steht auf der sittlichen Höhe des Menschen, der einen Andern an Händen und Füßen gebunden in den Ozean wirft und im Fortschreiten den guten Rath ausspricht: „Hiß dir selbst.“ Kann der Arbeiter sich selbst helfen? Sieht es im Lande noch irgend ein Stückchen Erde, welchem der Mensch, der arbeiten will, seinen Unterhalt abgewinnen darf? Die gesammte Arbeitsmöglichkeit ist durch das Kapital gesperrt, so daß Niemand arbeiten kann, wenn das Kapital nicht will. Das koalierte Kapital hat die Macht, jeden wegen seiner politischen Meinung dem Hungertode zu überantworten. Darf man diese Macht als ein Recht bezeichnen? Ist es wirklich keine Frage, daß der Unternehmer sich seine Arbeiter wählen kann, wie er will?

Man sieht die Jesuiten an, weil ihnen der Zweck das Mittel heilig macht, während sie die Heiligkeit des Zweckes

selbst bestimmen. Der Kapitalismus entsetzt sich über diesen Grundsatz der Jesuiten. Ein Sturm der bedrängten Moral bewegt die Köpfe, wenn von Aufhebung des Ausweisungsgesetzes für Jesuiten die Rede ist. Aber dieselben Leute, welche sich über das Wort entrüsten, handeln genau nach demselben Grundsatz. Ihr Zweck ist, Aufhäufung von Kapital, Ausbeutung der Arbeit, Genuß des Lebens in höchster Potenz. Diesem Zweck ist jedes Mittel heilig. Unterdrückung fremder Meinung, Verurtheilung zum Hunger durch schwarze Listen, Auslieferung an die Prostitution, um das Leben zu retten.

Welcher Unterschied besteht eigentlich zwischen den Kegergerichten des Peter Arbus und dem System der schwarzen Listen? Dort Denunziation wegen einer religiösen Meinung, die zugleich eine politische war, heimliches Gericht, Folter, Scheiterhaufen. Hier Denunziation wegen einer politischen Meinung, die zugleich eine religiöse ist, heimliches Gericht, erzwungene Arbeitslosigkeit, Hunger, Hund Elend ganzer Familien, Entehrung, Tod.

Der Abgeordnete Köhler ist auch kein Freund der Mäßigkeit von Arbeitern, aber er meint doch, daß die Unternehmer in vollem Recht sind, wenn sie sich ihrerseits durch Verbindungen gegen die Arbeiter zu schützen suchen, die sie schädigen wollen.

Ja, welcher Arbeiter will denn die Unternehmer persönlich schädigen? Ist jemals auch nur der Versuch gemacht, den Nachweis zu führen, daß ein Sozialdemokrat als solcher ein schlechterer Arbeiter ist, als ein Nicht-Sozialdemokrat? Aber das ist eben die seltsame Logik, mit der man sich zu helfen sucht. Wenn der Arbeiter den Neunstundentag verlangt, damit er nicht schon in jungen Jahren körperlich und geistig zum Krüppel wird, dann sagt der Unternehmer: Du willst mich schädigen, hinaus! Durch Ringe, Subventionen, Zölle und Prämien sind die Preise der Produkte in die Höhe getrieben. Beansprucht nun der Arbeiter für seine Leistung einen Lohn, mit dem er sich und seine Familie nothdürftig erhalten kann, dann sagt der Unternehmer: Du willst mich schädigen, hinaus mit dir! Und damit dir die Luft vergeht, von Neunstundentag und Lohnerhöhung zu reden, habe ich mich mit den andern Unternehmern verbunden. Durch Hunger sollst du lernen, daß man das Kapital nicht schädigen darf. Das Kapital hält ja nur die unruhigen Elemente fern, damit in den humanen Anstalten für alleinstehende Frauenzimmer besser eine straffe Disziplin erhalten werden kann. Das ist die Logik des Kapitals.

Und außerdem: Karnickel hat angefangen. Die Sozialdemokraten boykotteten auch, sagt das Kapital. Als ob nicht jedermann ganz genau wüßte, daß das Kapital die Sozialdemokratie dadurch „geistig“ zu bekämpfen sucht, daß es die Wirthe direkt und indirekt veranlaßt hat, ihre Säle den sozialistischen Versammlungen zu verschließen. Wenn aber dann die Sozialdemokraten zu dem Wirthe sagen: Willst du nicht, daß wir uns in deinen Räumen alle ver-

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

(25)

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von A. Otto Walster.

„Er thäte viel besser, zunächst seine Töchter an Sparfamkeit und Genügsamkeit zu gewöhnen,“ entgegnete Dr. Lutz mit schneidendem Tone. „Die Mädchen sind den ganzen Tag auf der Straße und kleiden sich wie Gräfinnen. Wo soll das Geld bei dem Gehalt des Vaters herkommen, zumal die vier Mädchen lieber Liebchaften anknüpfen, als arbeiten.“

„Ich habe Sie im Verdachte, Herr Sekretär, daß Sie von einem der Mädchen einen Korb bekommen haben. Die jungen Damen sind allerliebste und sehr gebildet; was sonst könnten Sie an ihnen auszufragen haben? Gestehen Sie es nur, ein kleiner mißlungener Heirathsantrag hat Sie gegen die Mädchen aufgebracht. Ist's nicht so?“ fragte Dr. Raffmaus mit schlauer Miene.

„Ein Heirathsantrag, Herr Dr. Raffmaus, und von meiner Seite?“ entgegnete der Sekretär mit verächtlichem Lächeln. „Halten Sie mich wirklich für so unbesonnen, um anzunehmen, daß ich einen derartigen Antrag an ein Mädchen stellen würde, welches für Glaceehandschuhe und Kleider und Hüte mehr Geld braucht, als ich ihr zum Wirtschaftsgelde geben könnte? Nebenbei bemerkt, sind auch die Mädchen bereits durch zu viele Hände gegangen, als daß ein Mann, welcher auf seinen guten Namen zu achten hat, sie zur Gattin erwählen möchte.“

„Ich muß doch den Herrn Sekretär bitten, sich etwas artiger auszudrücken, wenn er von den Töchtern eines unserer gemeinschaftlichen Freunde spricht,“ schwärzte der Weinändler, indem er sich beim Schließen des Champagner's unterbrach und einen giftigen Blick auf den ungalanten Gelehrten warf.

„Ich bitte recht sehr um Entschuldigung, wenn ich Ihnen Freundschaftsgefühlen zu nahe getreten,“ erwiderte der Juristgeschehene, „aber man sollte mich auch nicht erst dazu heraufordern.“

„Lassen wir doch solche Persönlichkeiten außer'm Spiele,“ mahnte Dr. Raffmaus einleitend; „es handelt sich für uns jetzt darum, wie wir dem Dr. Benjamin das Thörichte und Vergebliche seiner Sonderbestrebungen einleuchtend machen und ihn dadurch wieder zur Unterordnung unter die Parteidisziplin zurückbringen. Wir müssen natürlich mit unseren Plänen zurückhalten, bis die Stunde der Entscheidung gekommen, und in der Zwischenzeit uns seinen Ansichten geneigt zeigen. Was meinen Sie, meine Herren?“

„Ich finde diesen Plan ausgezeichnet und trinke auf das Wohl und seine glückliche Ausführung dieses Glas Sarsose,“ schrie der Weinändler.

„Es ist dies eine ganz geschente Idee von Ihnen, Herr Doktor,“ erklärte der Seifenfieder und Stadtverordnete Licht. „Die schwierige Frage ist nur; wie und mit welchen Anerbietungen gewinnen wir den großen Haufen für uns, und dann kommt noch die Nebenfrage, welchen Kandidaten empfehlen wir den Wählern? Was die Hauptfrage anbelangt, so bin ich selbst in einiger Verlegenheit, da uns das überraschend schnelle Entgegenkommen der Regierung eigentlich unser Programm vorweg genommen hat. Die Jagdrechtsfrage, mit der wir das Volk so lange an uns

gefesselt hatten, ist nun leider gegenstandslos geworden; die Bevorzugung des Adels ist in letzter Zeit fast nur wenig mehr bemerklich gewesen. In Bezug auf die Beamtenvermehrung hat man sich seit längerer Zeit sehr enthalten gezeigt; die Pressefreiheit ist bis zu einem Grade gewährt, über welchen hinauszugehen ich kaum noch für rathlich halte; sie scheint mir eher in Rücksicht auf einige vorlaute Zeitungsschreiber zuweilen etwas gar zu frei. Jedenfalls darf hierin von uns nicht weiter vorwärts gedrängt werden.“

„Wie wäre es denn, wenn wir diesmal die Trennung des Staates von der Kirche, oder die Trennung der Schule von derselben in den Vordergrund stellten?“ fragte der Kaufmann Röllmann.

„Ein kühliches Thema,“ meinte Dr. Raffmaus. „Zwar ich persönlich mache mir den Teufel aus der Kirche, inbessien sie ist doch zu manchen Dingen recht brauchbar und nützlich, sie muß meiner Ansicht nach unter allen Umständen gestützt werden, denn, was denken Sie, sollte werden, wenn die Leute durch die Religion nicht mehr darauf hingewiesen würden, das Eigenthum ihrer Mitmenschen unter allen Umständen heilig zu halten?“

„Die Regierung würde ja doch auf diese Trennung absolut nicht eingehen, da sie des Einflusses der Kirche nicht entbehren kann,“ entschuldigte sich Röllmann.

„Und wenn sie doch darauf einginge, Herr Röllmann, und wenn sie es für politisch ansähe, darauf einzugehen, was dann? Ich halte Sie im Verdachte der Demokratie, Herr Röllmann!“

„Nicht?“ rief der so plötzlich Angeeschuldigte und wurde dunkelroth im Gesicht. „Herr Dr. Raffmaus, messen Sie die Tragweite Ihrer Worte besser ab! Ich ein

sammeln, so wollen wir auch nicht einzeln kommen, und wenn der Brauerei erklärt wird: Wenn deine Säße für uns zu schade sind, so wollen wir auch dein Bier nicht, wenn ferner dein Bierabnehmer uns nicht bei sich sehen will, so laßst du auch dein Bier behalten, dann hat Karnickel angefangen, dann haben die Sozialdemokraten konstatet. Hat die Sozialdemokratie jemals verlangt, die Wirtthe, bei denen Versammlungen gehalten werden sollten, müßten sich zum sozialistischen Programm bekennen? Ist den Direktoren und Aktionären der Brauereien jemals das Ansehen gestellt worden, daß sie Sozialdemokraten werden sollen?

Darin aber liegt es. Wirtthe und Brauereien, freiwillig oder gezwungen, erklären durch Verweigerung der Säße zu sozialistischen Versammlungen: Eure Gesellschaft paßt uns nicht. Das Versammlungsrecht und das Recht der freien Meinungsäußerung ist aber verfassungsmäßig garantiert. Weil man sie an der Ausübung dieses Rechtes hindert, erklären die Sozialdemokraten, gut, wir kommen nicht wieder, bis euch unsere Gesellschaft passen wird. Die Sozialdemokraten handeln da nur als anständige Leute, die ein Lokal nicht betreten, aus dem man sie mit ihren Freunden hinausgeworfen hat.

Anderes aber liegt es mit der Aussperrung aus den Arbeitsräumen. Da heißt es, wenn du bei mir arbeiten willst, dann hast du dich von deinen Freunden loszusagen, hast dich von allen Bestrebungen und Vereinigungen fernzuhalten, die dein Bestes bezwecken, hast deine Meinung (womöglich schriftlich) aufzugeben und die meines Arbeitsgebers und Herrn anzunehmen. Willst du das nicht, dann wirst du nicht nur bei mir hinausgeworfen, sondern bekommst überhaupt keine Arbeit wieder, denn wir haben uns vereinigt, uns gegen die Arbeiter zu „schließen“. Wenn du hungrig genug bist, wenn deine Frau das Letzte auf's Beihamt getragen hat, wenn deine Kinder nach Brot schreien, dann komme wieder und schwöre deine Meinung ab, eher nicht. Ist das recht? Ist das christlich? Ist das sittlich? Ist das menschlich?

Der Arbeiter, der ein Bierlokal nicht besucht, weil man ihm und seinen Freunden verbietet, ihre Meinung darin auszutauschen, vertheibigt sein Recht als Mensch und als Staatsbürger. Wer einen Arbeiter zwingen will, seine Meinung aufzugeben, wer auf Grund „schwarzer Listen“ Familien brotlos macht und ins Elend liefert, waret im schmutzigsten Schlamm der Unsitlichkeit. Das ist der Unterschied.

Und sie bewegt sich doch! sagte Galiläi mit geballter Faust, nachdem er geschworen. Und sie bewegt sich doch! sagen auch wir. Es giebt keinen Stillstand in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Die Uhr des Jahrhunderts hat zum Schläge ausgehoben. Das neue Jahrhundert wird aufgehen über einem freien Geschlecht, und mit Frauen wird man zurückdenken an Verhältnisse, unter denen es möglich war, ganze Familien in Elend und Hunger zu treiben um ihrer Meinung willen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Januar.

Der Reichstag begann heute seine Verhandlungen mit der Abstimmung über den Gesetzentwurf betr. der Vollermäßigungen für Getreide etc. in den Transpöslagern. Diese Abstimmung war, infolge Antrags von der linken Seite, eine namentliche. Die ganze Linke, einschließlich der Nationalliberalen, stimmte geschlossen für den Gesetzentwurf, gegen denselben votirte die Rechte geschlossen und das Centrum mit Ausnahme weniger Mitglieder. Abgegeben wurden 281 Stimmen, davon 124 mit Ja und 107 mit Nein.

Nach dieser Abstimmung wurde das Gesetz wegen Vollermäßigungen gegenüber den nicht meistbegünstigten Staaten in dritter Lesung ohne Debatte angenommen. — Der Versuch, gelegentlich der Einziehung der österreichischen Silberthalers, eine Währungsdebatte zu inszenieren, scheiterte an der Theilnahmslosigkeit des Hauses. — Die hierauf zur Verathung stehenden Berichte der Petitionskommission waren ohne weiteren Belang. Einer dieser

Demokrat? Ich darf mich rühmen, als Liberaler und Fortschrittsmann stets auf Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung getreuen zu haben, ja, ich wäre nie in die Reihen der Opposition getreten, wenn die Regierung nicht in thörichte Verblendung die so wichtige Eisenbahn von hier nach N. zu bauen verweigert hätte, wodurch mir selbst ein großer Schaden entsteht. Aber Demokratie! . . . pui, Herr Doktor, das schlägt in mein Fach nicht!

Veruhigen Sie sich doch, Herr Kollmann, es war nicht so schlimm gemeint,“ begütigte Raffmaus, „und wir können, um zu zeigen, wie viel noch für's Volk zu thun bleibt, die Frage mitberühren. Als Hauptpunkt müssen wir aber etwas Anderes vordringen.“

„Wie wäre es denn mit der Erweiterung des Wahlrechts?“ fragte der Weinändler.

„Sie sind ein Unglücks Mensch, Herr Tiefstrunk,“ rief Dr. Raffmaus erzürnt: was wollen Sie nur immer mit Ihrem erweiteren Wahlrechte?“

„Ei nun, da bekommen die Wahlen, die jetzt beinahe gar keine Theilnahme beim Publikum mehr erregen, neues Leben. Die Gemüther erhitzen sich, und meine Weinstuben sind den ganzen Tag voll.“

„Herr Tiefstrunk, Sie sind ein Egoist,“ rief der Advokat.

„Nun ja, das bin ich und denke, ich bin dabei unter Brüdern, denn Sie sind doch wohl keine Kommunisten?“

Eine allgemeine Aufregung gab sich bei diesen Worten des Weinhändlers in der Versammlung kund, und der Advokat bemerkte mit scharftadelnder Stimme:

„Herr Tiefstrunk, müßigen Sie Ihre Sprache! In einer Versammlung von Liberalen und Fortschrittsmännern spricht man die Worte: „Kommunist“ und „Kommunismus“ mit Bezugnahme auf die Anwesenden niemals aus. Bedenken Sie übrigens, daß wir bei Verathung des Gesetzes über die Gewerbefreiheit Ihrem Antrage auf Beibehaltung des Konfessionszwanges für Weinstuben Rechnung getragen haben.“

„Na ja; mir ist's recht. Machen Sie nur die Sachen, wie Sie wollen, ich bin mit Allem zufrieden,“ erklärte der Weinändler und schenkte sich ein neues Glas voll.

Berichte, welcher sich mit der Beeinflussung der Gastwirth in Bezug auf Versammlungen durch Amtsvorsteher und Landräthe befaßt, wurde wieder an die Petitionskommission zurück verwiesen, nachdem sich herausgestellt, daß der Referent, Dr. Schaedler, den wesentlichsten Inhalt der Petition nicht in Berücksichtigung gezogen hat. Herr Schaedler, der auch Mitglied des bayerischen Landtags und als solcher ein von sich sehr eingenommenes ultramontanes Kirchenlicht ist, hat es vorgezogen, zu der gestrigen Verhandlung nicht zu erscheinen.

Die Auseinandersetzung, welche Herr v. Caprivi in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses mit dem gesammten Liberalismus, und namentlich mit den Nationalliberalen hatte, war zwar recht heftig, allein es wird keine Suppe so heiß gegessen, wie sie gekocht ist. Und das gilt namentlich von nationalliberalen Suppen. Wie oft hat Herr von Bennigsen mit seinen Trabanten schon tapferer Worte gemacht — und wann wären den tapferen Worten tapferer Thaten gefolgt? Und glaubt man etwa, Herr von Caprivi sei ein so unpraktischer Utopist und Heißsporn, daß er für die Zukunft auf die Dienste der Nationalliberalen verzichten wird, welche stets so dienstfertig gewesen sind, und deren biegsames Rückgrat er kennt? Und um der schönen Augen des Aschenbrödel's Volksschule willen werden die Herren Nationalliberalen den Kist nicht abfagen, auf welchem sie sitzen.

Die Volksschulgesetz-Verathung wurde gestern im Abgeordnetenhause fortgesetzt. Der Abgeordnete Graf Limburg-Stürum hat an dem Gesetze nur die Freiheit zur Gründung von Privatschulen zu bemängeln. Er will, daß das Gesetz Bürgerschaft dafür gebe, daß die Privatschulen auch konfessionell gestaltet werden und daß nicht von Sozialdemokraten solche gegründet werden können. Der Abg. Porzsch (Centrum) tritt für das Gesetz ein, welches nur das bestehende Recht kodifizirt. Von einer Auslieferung der Schule an die Kirche wäre nicht die Rede. Der Lehrer werde nicht abhängiger als bisher. Herr v. Söller habe erklärt, ein Lehrer, der in Religion durchgefallen ist, sei für die Volksschule unbrauchbar. Das gehe doch weiter wie dieses Gesetz. Herr Porzsch macht Herrn Richter ein Kompliment über seine „geistreiche“ sozialdemokratische Zukunftsbilder, und wundert sich, daß Richter nicht einsehe, wie die konfessionelle Schule die schärfste Waffe gegen die Sozialdemokratie sei. Die Rede des nationalliberalen Abgeordneten Gynern war eine vollständige Kulturkampf-Rede. Auch die „Freiheit“ der Privatschulen, soweit das Gesetz sie noch zuläßt, greift er an: „die Sozialdemokraten werden Schulen gründen, die Jesuiten werden zurückkehren und Unterrichtsanstalten gründen etc.“ Die Unterstüßung der Freisinnigen nehme er an, doch müßten bei dieser Bundesgenossenschaft die Nationalliberalen die Führung haben. Dem Kultusminister Grafen Fedlig merkte man es an, daß diesen Segnern gegenüber der Kampf ihm ein leichtes Spiel erschien. Er machte sich lustig über die „rührende Nützlichkeits“, die im Reichstage zwischen Bennigsen und Eugen Richter aufgeführt worden. Wie am zweiten Tage Stöder, so machte gestern der Abg. v. Hammerstein den lustigen Schluß der Debatte. Herr von Hammerstein war der leidenschaftliche Pfaffe Stöder ins Pommerisch-junkerliche überlegt.

Der erste Redner in der heutigen Sitzung war der Abg. Birchow. Herr Birchow giebt sich noch der Naivität hin, als ob es selbstverständlich sei, daß jeder Mensch liberal sei und von der Kirche nicht viel mehr halte, als er selbst. Auch er will Religion in der Schule, aber nicht die konfessionelle, sondern die auf allgemeiner menschlicher Moral beruhende. Der Ministerpräsident, Graf Caprivi, freut sich, daß Birchow auch die Religion der Schule erhalten wolle. Mehr habe er von der freisinnigen Partei nicht verlangt. Worauf aber Herr von Gynern in seiner gestrigen Rede hinauswolle, die einer förmlichen Kriegserklärung der nationalliberalen Partei gleich, wäre höchstens, daß sie jetzt, wo sie nicht mehr sich allein als national hinstellen könne, sich veranlaßt fühle, den Liberalismus wieder mehr zu betonen. Es handle sich bei dem Volksschul-Gesetz um die Frage: Christenthum oder Atheismus! Religionsunterricht könne nur konfessionell sein. Er identifizirt nicht Atheismus und Sozialismus, aber der konfessionslose Religionsunterricht führe zum Atheismus und

Auf Erweiterung des Wahlrechts können wir schlechterdings nicht eingehen,“ fuhr Raffmaus fort, „das ist uns von allen unseren Freunden auswärts dringend an's Herz gelegt worden, und es ist auch meine eigene Ansicht. Wir haben schon jetzt genug Mühe und Arbeit, um die extremen Forderungen der Volkspartei niederzuhalten. Kommen wir einmal mit Erweiterung des Wahlrechtes, dann kommt auch gleich der Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes mit geheimer Abstimmung, und wenn wir dieses belämpfen, erscheinen wir als Feinde des Volkes, während wir doch bis jetzt als Fürsprecher der unvertretenen Bevölkerungsklassen angesehen und gefürchtet waren. Dieses allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht, noch dazu mit geheimer Abstimmung, entzieht uns die Kontrolle über die Wahlen und ist deshalb früher oder später unser sicherer Tod.“

„So wollen wir doch das Unwesen mit den indirekten Steuern in Angriff nehmen und deren Umwandlung in eine direkte, abgesteuerte Einkommen- und Vermögenssteuer beantragen,“ meinte Dr. Luy.

Herr Dr. Luy,“ schrieb dagegen der Möbelfabrikant Kollfuß, indem er von seinem Sitze aufsprang, „glauben Sie denn, wir sind Esel, die sich selber ruiniren wollen? Sollen wir vielleicht die Unsummen von direkten Steuern bezahlen, die da nöthig werden würden? Soll etwa das Volk mit der Nase darauf gedrückt werden, rauszufinden, wie viel es eigentlich Steuern bezahlt, wenn es von den indirekten Steuern, die es in seiner Unwissenheit kaum bemerkt, zu direkten Steuern herangezogen wird, und danach seine Rechte zu bemessen beginnt? Haben wir Sie darum zum Sekretär der Gewerbekammer gemacht, daß Sie uns ruiniren können? Gehen Sie, Sie sind ein Urwähler, ein Umstürzler, ja ich fürchte, Sie sind ein Passagier!“

„Meine Herren,“ erklärte Dr. Luy, indem er sich ruhig erhob und seinen Hut ergriff, „ich bin nicht gewohnt, wenn ich meine wissenschaftlichen Ueberzeugungen ausspreche, von einem Manne, dessen Bedeutung nur in seinem Geschäfte und in seinem Geldeberitz beruht, in solch' beleidigender Weise widerlegt zu werden. Ich entziehe mich deshalb weiteren

dieser zum Sozialismus. Nachdem noch Abg. Rintelena (Centrum) für das Gesetz gesprochen, wendet sich der Kultusminister gegen Birchow, der die allgemeine menschliche Moral als Grundlage des Religionsunterrichts verlange. Es gebe keine allgemeine menschliche Moral, sondern nur eine allgemeine menschliche Unmoral. Gäbe es eine allgemeine menschliche Moral, dann brauchten wir überhaupt keine Religion. Der Abg. Friedberg legt noch eine Lauge für seinen Parteigenossen Gynern ein. Morgen wird die Rednerie fortgesetzt werden.

Die Komödie, welche „Freisinnige“ und „Nationalliberale“ aufführen, als kämpften sie überhaupt für eine freisinnige Schule, wird in einer Zuschrift, welche der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ aus dem Kreise des höheren Lehrerstandes zugeht, ins rechte Licht gestellt. In derselben heißt es:

Es ist gewiß interessant, jetzt, wo die Gegner des Volksschulgesetzes Entwürfen diesem vorwerfen, er fordere eine Mißherrschafft der Kirche in der Schule, er wolle die Schule der Kirche ausliefern, und wie die Phrasen sonst noch lauten mögen, einmal darauf hinzuweisen, daß in unseren höheren Lehranstalten die Kirche längst thatsächlich und rechtlich eine „Mißherrschafft“ ausübt. Es haben nämlich die General-Superintendenten das Recht — und üben es auch aus — dem Religionsunterrichte in den Gymnasien und anderen höheren Lehranstalten beizumohnen, sich von der sachgemäßen Ertheilung desselben und von den Fortschritten der Schüler zu überzeugen, auch selbst den Unterricht während ihrer Inspektionszeit in die Hand zu nehmen. Sie halten dann mit den Lehrern, welche den Religionsunterricht ertheilen, eine Konferenz ab, welcher der Direktor der Anstalt präsidirt, üben Kritik an dem Unterrichte der Einzelnen und — falls es noch wäre — versehen sie dieselben auch mit Weisungen. — Es sind und jedoch noch keine Stimmen zu Ohren gekommen, welche wegen dieser Einrichtung, derselben, welche der Entwurf in § 18 auch für die Volksschule wünscht, eine „Auslieferung“ der höheren Lehranstalten an die Kirche befürchteten. Bis jetzt wenigstens hat auch eine solche noch nicht stattgefunden.

Stimmen haben sich wohl erhoben, aber nicht in der liberalen Presse. Ein Unterschied liegt höchstens in der Form der Abhängigkeit — den Herren Gymnasiallehrern wird sie in der Form einer Konferenz in höchster kollegialischer Weise fühlbar gemacht, während sie den gemüthlichen Elementarlehrern ihrer „niedrigen“ Stellung gemäß von oben herab beigebracht wird.

In den höheren Schulen tritt zwar der Religionsunterricht gegenüber den anderen Disziplinen stark in den Hintergrund, zum guten Theil erscheint er nur des „Anstands“ halber eine Rolle zu spielen, aber der konfessionelle Standpunkt macht sich um so fühlbarer gegenüber den Kindern der freigeistigen Dissidenten geltend. Die Theilnahme an dem Religionsunterricht unterliegt dort noch einem größeren Zwang; in vielen höheren Schulen (wir wissen nicht ob in allen) führt die Weigerung der Theilnahme am konfessionellen Religionsunterricht die Entfernung aus der Schule selbst mit sich.

Die Schüler in der höheren Schule pflegen auch wenig vom Religionsunterricht zu behalten; außer einigen Theologen, die etwa bereits zum Examen sich einpaufen, dürfte man wenige Studenten finden, welche das apostolische Bekenntniß herfagen können. Ob im deutschen Reichstage oder im preussischen Abgeordnetenhause es viele Mitglieder geben mag, die es vermögen? Sie sorgen für die Religion im — „Volke“.

Die Auslieferung von verurtheilten und angeschuldigten Personen an auswärtige Regierungen durch Reichsgesetz zu regeln, beantragt ein vom Abg. v. Bar und den Deutsch-Freisinnigen im Reichstage eingebrachter Antrag. Es soll hiernach sowohl für die Bewilligung der einzelnen Auslieferungen wie für die Abschließung von Auslieferungsverträgen nur das Reich zuständig sein und soll die Bewilligung der einzelnen Auslieferungen von der Mitwirkung der Gerichtshöfe abhängen.

Der Antrag richtet sich gegen den famosen Auslieferungsvertrag, den Bismarck 1885 mit Umgehung des Reichs, für Preußen mit Rußland abschloß. Der Grönder der „nationalen Einheit“ gab sie gerne preis, wenn sie ihm nicht zu Willen war. Der preussische Auslieferungsvertrag mit Rußland ist ein Nitz in die Einheit Deutschlands nach außen hin. Bayern folgte denn auch dem Beispiele Preußens, indem es gleichfalls mit Rußland einen Separatvertrag

Angriffen dieser Art durch meine Entfernung. Gute Nacht, meine Herren, und viel Glück!“

Der Sekretär der Gewerbekammer ging, und die Zurückgebliebenen saßen eine lange Weile verblüßt da, bis der Möbelfabrikant mit wegwerfender Miene den Aukuf fallen ließ:

„Gelehrtenbänkel!“

„Sie sind im größten Unrechte, Herr Kollfuß,“ erklärte daraufhin Raffmaus; „dieser junge Mann ist noch etwas unbekannt mit den Bedürfnissen der liberalen Parteien, aber er ist infolge seiner gründlichen nationalökonomischen Kenntnisse eine höchst werthvolle Kraft für uns. Ohne die Hilfe der Wissenschaft, meine Herren, schweben wir bald in der Luft, und wir müssen Alles aufbieten, ihre gutgefinnten Vertreter in unseren Reihen zu erhalten, sonst geht es mit uns bergab. Wer ist im Stande, den Zerklüften der Arbeiter-agitatoren entgegen zu treten, wenn nicht Autoritäten der nationalökonomischen Wissenschaft, wie unser Dr. Luy? Ich habe es daher auch höchlichst bedauert, Herr Kollfuß, daß Sie ihm die Hand Ihrer Tochter verweigerten, da sich doch die beiden jungen Leute liebten.“

„So?“ rief Kollfuß im Eifer; „ich soll wohl meine Tochter einem Menschen geben, der gar nichts besitzt und sich bloß einbildet, meine Tochter heirathen zu können, weil er ein paar Jahre auf der Universität herumstudirt hat? Und der soll nun meine sauer ersparten Thaler in die Tasche stecken und mich hinterher auslachen, weil ich dazu dumm genug gewesen bin? Daraus wird nichts, da muß ein ganz anderer Kerl anklopfen, als so ein hergelaufener Gelehrter!“

Herr Kollfuß, ich begreife Sie gar nicht. Thun Sie mit Ihrem Gelde, was Sie wollen; jedenfalls aber können Sie das Geld nicht mit in eine andere Welt hinübernehmen, wenn Sie sterben. Ihre Kinder bekommen es doch einmal, und ist es nicht besser, daß die von Ihnen herabhängende Erbschaft einstmals das Glück Ihrer Kinder erhöht, als daß es Unglückliche bekommen, unglücklich gemacht durch Sie, und die Ihr Geld dann wohl reicher, aber nicht mehr glücklich machen kann?“

(Fortsetzung folgt.)

abschloß. In dem Auslieferungsvertrage verpflichtet sich Preußen auch zur Auslieferung politischer Verbrecher an Rußland. Dieser Vertrag, mit einer Macht wie Rußland abgeschlossen, der die von dem willkürlichen Despoten unterdrückten Deutschen selbst preis giebt und uns coventuell verpflichtet, diesem gegenüber den Büttel zu machen, ist die tiefste Demütigung, die Deutschland widerfahren konnte. Und den Gesandten des russischen Zaren und der russischen Krone münchsen die Nationalliberalen wieder an der Spitze der Regierung zu sehen. —

Mit der Bibel wollte weiland der alte Windhorst die afrikanische Wildniß erobern und für die christliche Zivilisation gewinnen. Es war dies das einzige Mal, wo er nicht „früher aufgestanden“ war, als sein Widerpart, der Blut- und Eisenpolitikus Bismarck. Was gegen die afrikanischen Wilden mit der Bibel ausgerichtet worden ist, das weiß heute jedes Kind: der kläglichste, blamabelste Mißerfolg, den die Geschichte der Kolonialpolitik aller Nationen aufzuweisen hat —, trotz des persönlichen Opfers- und Selbennützes, den mancher unserer Landsleute in dieser, von vornherein hoffnungslosen Sache entfaltet hat.

Mit der Bibel soll jetzt wieder ein Kampf gelämpft werden — aber nicht gegen die armeneligen, in geistiger Finsterniß lebenden wilden Stämme des dunklen Erdtheils, sondern gegen die Männer der neuen Welt, die Träger der Zukunft, die Pioniere einer auf Gerechtigkeit, Humanität und Vernunft beruhenden Gesellschaftsordnung — gegen die deutsche Sozialdemokratie.

Nun — die Bibel erschreckt uns nicht. Die ewig menschlichen Wahrheiten, welche sie ausspricht, sind Waffen für uns und richten ihre Spitzen gegen unsere Feinde; und das in der Bibel, was im Widerspruch steht mit der Wissenschaft, kann unseren Feinden nichts nützen und uns nichts schaden. So schauen wir denn mit vergnügten Sinnen den Angriffsvorbereitungen unserer Feinde zu. Mögen sie ihr Bestes thun. In Afrika hatten sie kein Glück „mit der Bibel“, im Kampf gegen die Sozialdemokratie werden sie noch weniger Glück haben. —

Sehr zu bedauern ist, daß das Landgericht Berlin, als es sich vor einigen Tagen mit der Anklage gegen den „Kladderadatsch“ zu beschäftigen hatte, durch einfache Freisprechung aller Angeklagten die Frage unentschieden ließ, ob außer dem verantwortlichen Redakteur auch noch andere, der „Beihilfe“ angeklagte Personen, wie der Zeichner und Maschinenmeister — strafrechtlich verantwortlich gemacht werden können. Diese Frage, die durch das bekannte Urtheil des Reichsgerichts in Sachen des Korrektors sehr brennend und aktuell geworden ist, war von viel größerer Wichtigkeit, als die, ob einige Bierbank-Witze über den heiligen Rock von Trier heutzutage strafbar sind oder nicht. —

Einer unglaublichen Taktlosigkeit macht sich die hier erscheinende „Post“ (das „Votischer-Organ“) schuldig, indem sie den jetzigen König von Preußen, anlässlich seines Geburtstages, mit Ludwig dem Vierzehnten von Frankreich und den preussischen Hof mit dem Hof jenes Monarchen vergleicht, der das klassische Despotenwort: Der Staat bin ich! gesprochen. Hat die „Post“ das Schicksal der Monarchie Ludwigs des Vierzehnten vergessen? —

Der antisemitisch-agrarische Bankdirektor Mehnert hat in seinem Feldzuge gegen das Liebknecht'sche Landtags-Mandat einen Bundesgenossen bekommen in der Person des sächsischen Finanzministers, der die Rückgabe der im vorigen Jahre von Liebknecht in Sachsen bezahlten Steuern angeordnet hat. Natürlich hat Liebknecht die Absicht gemerkt, und ist zwar nicht verstimmt worden, hat aber die Annahme des Danaergeschenks verweigert. Daß eine Regierung einem politischen Gegner Geld aufzwingen will, nicht um ihn zu kaufen, sondern um sich ihn vom Hals zu schaffen, das dürfte in dieser Form wenigstens neu sein. Auf die Sache selbst ist das Vorgehen des sächsischen Finanzministers ohne jeglichen Einfluß. Und die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages hat nach genauester Prüfung der Angelegenheit den einstimmigen Beschluß gefaßt, das Mandat Liebknechts als rechtlich unanfechtbar gegen die Hrn. Mehnert und Genossen zu verteidigen, und die Angreifer vor die Wahl zwischen einem Rückzug oder einem Gewaltstreich zu stellen. —

Ein besonders skandalöser Börsenskandal in Wien gab den Behörden Anlaß zu einer gerichtlichen Untersuchung. Es waren falsche Nachrichten verbreitet worden, um die Kurse (den Stand) der Wertpapiere zu beeinflussen, — und die Nichteingewählten hatten bedeutende Summen verloren, die in die Taschen der Gauner wanderten. Jetzt erfahren wir nun, daß die Untersuchung eingeleitet worden ist, und die antisemitischen Blätter benutzen dies, um die bekannten Tiraden über die — natürlich jüdische — Börsenkorruption loszulassen, die sich — was allerdings nicht direkt gesagt wird — auch den Behörden mitgeteilt habe.

Nun, der Fall, um den es sich hier handelt, war allerdings recht schlimm, und wenn die Urheber und Teilnehmer ins Zuchthaus geschickt worden wären, würde kein ehrlicher Mann etwas eingewendet haben, aber was in diesem Falle geschah, das ist schon Tausende von Malen geschehen, das geschieht täglich, wenn auch nicht immer in so kraffer Form, und es geschieht durch Juden nicht nur, sondern auch durch Christen, und zwar durch sehr hochgestellte Christen. Wir wollen ein Beispiel erzählen, das dem fraglichen Wiener Börsenskandal im Wesen genau entspricht, nur einen weit größeren Umfang und ein weit höheres Piedestal hat. Es war in den fünfziger Jahren, während des Krimkrieges — wenige Wochen nach Beginn der Belagerung von Sebastopol. Bei Paris war eine große Revue, der das diplomatische Korps beiwohnte. Nach der Revue läßt Napoleon III. Kaiser der Franzosen, der liebste Sohn der katholischen Kirche (nicht der jüdischen Synagoge) das diplomatische Korps und die Generale zusammenrufen und verkündet ihnen: „Sebastopol est pris — Sebastopol ist genommen — soeben ist die Nachricht eingetroffen!“

Es war das die berühmte Tartaren-Nachricht. An eines Kaisers Wort darf man nicht deuteln — die Nachricht wurde geglaubt — alle Börsenkurse schrien empor und — den folgenden Tag konnten Napoleon III. und seine Getreuen Morng und Persigny ihre Schulden bezahlen. Der Koup soll 40 Millionen Franks eingebracht haben.

Sebastopol wurde erst ein Jahr später genommen. Und Napoleon III. war — wie schon angedeutet — kein jüdischer Gauner, sondern der „allerchristlichste“ Monarch, „Vertheidiger des (christlichen) Glaubens“, der liebste Sohn der (christlichen) Kirche — überdies, nebst seinen Helfershelfern Morng und Persigny, Retter der Gesellschaft, Hort des heiligen Eigenthums, Schützer der Familie, die Dienstherr gewordenen Waise nach Ansicht sämtlicher Ordnungsparteien — und nicht bloß der französischen.

Was wir hier erzählt, ist kein Gerücht, kein ungläubiger Klatsch. Es gehört der Geschichte an — und ist in allen Zeitungen der damaligen Zeit, sowie in allen ausführlicheren Geschichtswerken, welche die Neuzeit behandeln, zu finden — allerdings ohne Angabe der Summen, welche die Herren Napoleon und Konsorten dabei gewonnen.

Und kundige Börsen-Thebaner versichern, daß ähnliche Dinge nicht bloß in Paris vorkommen. —

In Spanien hat die Bewegung der ländlichen Kreise sich auch den Industriekonten mitgeteilt: aus Barcelona, der wichtigsten Fabrikstadt des Landes, kommt die Nachricht, daß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern Konflikte ausgebrochen sind, und daß die Behörden „Sicherheitsmaßregeln“ treffen. Unter „Sicherheitsmaßregeln“ versteht man in erster Linie Polizei und in letzter Instanz die heilige Dreieinigkeit: Infanterie, Kavallerie, Artillerie. Desgleichen wird aus Bilbao, im Norden von Spanien, gemeldet, daß sämtliche Bergwerke und Hochöfen von den Arbeitern verlassen sind und daß Militär die Bergwerke und Hochöfen besetzt hält, um Unruhen zu verhüten, d. h. bei dem ersten sich bietenden Anlaß das famose Recept Calenaburgs: Die Flinte schießt, der Säbel haut! zu befolgen.

Inzwischen breiten die Unruhen im Süden sich mehr und mehr aus, und auch in Mittelspanien soll es unter der Bauernbevölkerung bereits zu Kravallen und gewalttätigen Konflikten mit den Staatsbehörden und Sicherheitsorganen gekommen sein.

Was bis jetzt vorliegt, sind offenbar spontane, aus den Verhältnissen selbst, ohne Zutun und bestimmende Einflüsse von außen, hervorgewachsene Handlungen, die bei der furchtbaren Nothlage, in welcher die Masse der spanischen Bauern- und Arbeiterbevölkerung sich befindet, nur zu natürlich erscheinen. Bleiben diese Ausbrüche vereinzelte, werden sie nicht von irgend einer Partei planmäßig ausgeführt, so wird die jetzige Bewegung ohne irgend ein großes und dauerndes Resultat verlaufen. Die einzige Partei, die hier in Frage kommen kann — die paar „Anarchisten“ zählen nicht, die Polizei kann sie jeden Augenblick von der Bildfläche verschwinden lassen —, ist die republikanische. Hält diese den Moment für günstig? Oder richtiger: hält sie es für opportun, jetzt loszuschlagen? Dies zu beurtheilen sind wir nicht im Stande. Wir wissen bloß, daß die Ansichten getheilt sind. Den Heißspornen, die ungefümt die Republik proklamiren möchten, stehen berechnendere Köpfe gegenüber, die da meinen, die Birne sei noch nicht reif genug, — wenn man noch etwas warte, werde sie von selbst abfallen; mit jedem Tag werde der Sieg leichter und sicherer. Die französische Regierung, welche auswärtige Verwicklungen fürchtet, soll im Sinne der letzteren Gruppe einen Druck ausüben.

Genau ist, daß die spanische Regierung nur noch durch die Gnade ihrer Feinde bestehen kann, und so lange bestehen wird, als es ihren Feinden beliebt. —

Nachdem Obiges geschrieben war, meldet ein Telegramm die Proklamirung des Belagerungszustandes in Bilbao. Da scheint es ernst zu werden. —

Die Wiedereinführung der Hörigkeit in Rußland. Unter dieser Ueberschrift bespricht die „Vossische Zeitung“ in einem sehr guten Artikel die jüngsten Verzweigungsmaßregeln des, nach jedem Strohhalm greifenden, plan- und rathlos herumtappenden Zarenthums. Um der Noth zu steuern, soll — so besagt der neueste Ukas — den hungernden Bauern auf Staatskosten Land angewiesen werden, welches sie, unter Aufsicht der Polizeibehörden zu bewirtschaften haben, und aus dessen Ertrag staatliche Getreidemagazine gefüllt werden sollen. Das schlaue Zarenthum rechnet darauf, daß die Bauern durch das verprochene Landgeschenk in Entzücken versetzt, und mit Begeisterung für „Väterchen“ erfüllt werden — und glaubt außerdem, durch die Anlage von staatlichen Getreidemagazinen einer Hungersnoth für die Zukunft vorzubeugen. Die Rechnung geht leider von einer falschen Voraussetzung aus: nämlich von der, daß die Bauern das verprochene Land essen und sich bis zur nächsten Ernte davon nähren können. Da aber selbst russische Bauern, die durch das väterliche Regiment „Väterchens“ doch an alles Mögliche und an viel Unmögliches gewöhnt worden sind, von Erd nicht leben können — trotz des väterlichen Raths: „Greißt Dr—d!“ — so wird der neueste kaiserliche Ukas ohne jeglichen Einfluß auf die Entwicklung der Dinge sein.

Darin aber hat die „Vossische Zeitung“ Recht: gelänge es dem Zarenthum, diese neueste „Reform“ zu verwirklichen, so wäre damit die Hörigkeit, oder sagen wir gleich lieber: die Leibeigenschaft in Rußland offiziell wieder hergestellt.

Freilich — um derartige Bestrebungen zu geißeln, brauchte die „Vossische Zeitung“ nicht nach Rußland zu gehen, denn der Lieblingsplan unserer deutschen Agrarier und Staatssozialisten: die Landarbeiter durch die Gewährung kleiner werthloser Stüchchen Feld an die Scholle und an den Dienst des Großgrundbesitzers zu fesseln, ist um kein Haar breit weniger reaktionär als der Versuch des Zarenthums, die Leibeigenschaft wieder neu einzuführen. —

Aus China kommen fortwährend Nachrichten, die das Annemwärtigen von der „Stabilität“ des Himmels Reichs Lügen strafen. Ist in einem Theile des Landes, nach den offiziellen Mittheilungen, die Ruhe wieder hergestellt, so finden sofort in anderen Theilen neue Unruhestörungen statt. Ganz China ist seit unvordenklichen Zeiten mit geheimen Gesellschaften übersät, welche die bestehende Ordnung der Dinge unterwühlt haben, und mehr und mehr revolutionäre Zwecke verfolgen. Die Zahl der Religionssekten ist in China noch größer als in England, das deren 168 aufzuweisen hat; und all diese chinesischen Sekten haben auch sozialpolitische Ziele.

Durch die Verührung mit Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika sind neue Elemente der Auflösung in das chinesische Reich gekommen, und, wenn nicht alle Anzeichen trügen, steht es am Vorabend einer Revolution. —

Parlamentarisches.

In der Wahlprüfungs-Kommission fanden gestern die Wahlen der Abgeordneten Jangemeister (Gotha) und Grumbt (Pirna) zur Prüfung. Beide Wahlen wurden seiner Zeit beanstandet und zwar handelte es sich in beiden Fällen um die Frage, wie weit der gegen das Gesetz verstoßende Agitation der Kriegervereine eine Beeinflussung auf die Gültigkeit der Wahl bezuziehen sei. In Gotha sowohl wie in Pirna sind die Kriegervereine offiziell „mit Gott für Kaiser und Reich, König und Vaterland!“ gegen den „Reichsfeind“ in den Wahlbezirk gezogen. Um diesen Humbug in seiner Hohlheit und Narttheit würdigen zu können, muß man nun wissen, daß es sich in Gotha darum handelte, einem Deutschfreisinnigen gegen einen Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, während in Pirna die Kriegervereine für einen Konservativen mobil machten und der „Reichsfeind“ und „Unstürmer“ dort der deutschfreisinnige Geyd war. Bei der Abstimmung gaben die Kommissionsmitglieder, welche dem Zentrum angehören, den Ausschlag. Zwar sind dieselben nicht einstimmig in dieser Frage, aber jene Zentrumsvertreter, welche die offizielle Wahlmache der Kriegervereine nicht für so harmlos ansehen, haben es vorgezogen, in der Sitzung nicht zu erscheinen.

Gemeinbediener und Wahlagitation. Im Königreich Sachsen und anderwärts auch ist es Sitte, daß seitens der Gemeindevorstände die Orts- oder Gemeinbediener als besonders geeignete Organe für die Wahlagitation und zwar — wie sich das am Rande versteht — im Dienste der sogenannten Ordnungsparteien verwendet werden. Eine solche Verwendung der Ortsbediener war auch in dem Protokoll gegen die Wahl des Abgeordneten Nerbach (s. sächsischer Wahlkreis) behauptet worden, und der Reichstag hatte aus diesem Anlasse beschloffen, von der sächsischen Regierung über die Verwendung der Orts-Polizeibedienten zur Wahlagitation und über deren Stellung im Gemeinde-Organismus Auskunft zu erbitten. Diese Auskunft ist erfolgt und lautet nach dem Bericht über die angeführte Wahl wie folgt:

Besondere Bestimmungen über die Stellung und Befugnisse der Orts-Polizeibedienten in Sachsen sind nicht vorhanden. Dieselben sind als untere Exekutivorgane der Orts-Polizeibehörden (in Städten des Stadtrathes bezw. Bürgermeistern, auf dem Lande des Gemeindevorstandes) bestellt, haben als solche den polizeilichen Aufsichtsdienst zu versehen und sind dabei an die Befehle ihrer vorgesetzten Behörden gebunden. Die speziellen Obliegenheiten dieser Organe sind nicht überall dieselben, sondern durch Instruktionen und Anstellungs-Bedingungen an den verschiedenen Orten auch verschieden abgegrenzt. Durch eine unter dem 30. Aug. 1884 an die Kreis-Hauptmannschaften erlassene Verordnung hat das diesseitige Ministerium des Innern den Gemeindevorständen und Gemeindevorständen als den verfassungsmäßigen Stellvertretern der ersteren empfohlen, in keinem Falle selbst oder durch die ihnen untergeordneten Polizei-Organen Stimmzettel zur Vertheilung zu bringen.

Daß dies bei Reichstags-Wahlen im Jahre 1890 und im Besonderen bei der Wahl im 9. Wahlkreis dennoch geschehen, sowie daß Orts-Polizeibedienten sonst für Agitationszwecke verwendet worden seien, davon ist dem genannten Ministerium des Innern etwas nicht bekannt geworden.

Daß das sächsische Ministerium über die Vorgänge bei den Reichstagswahlen so schlecht unterrichtet und von der Verwendung der Ortsbedienten zur Wahlagitation nichts weiß, sei nur der Kuriosität halber hier erwähnt. Es dürfte außerhalb des Ministeriums des Innern keinen dem politischen Leben Interesse entgegen bringenden Sachsen geben, dem die Thätigkeit der Ortsbedienten bei den Wahlen nicht bekannt wäre. Unseren Genossen in Sachsen aber empfehlen wir die Neuerung des Ministeriums vom 30. August 1884 im Gedächtniß zu behalten und speziell bei der bevorstehenden Wahl in Auerbach-Reichenbach wird ja gleich die Probe darauf gemacht werden können, ob die Ortsbedienten nun wirklich nicht mehr Wahlagitatoren der Ordnungsparteien sein werden. Sollte es doch wieder der Fall sein, dann dürfte es sich empfehlen, jedes einzelne Vorkommniß für einen event. Wahlprotest zu notiren.

Parteinachrichten.

Aus Sachsen. Zur Nachwahl im 22. sächsischen Wahlkreis, Auerbach-Reichenbach, wird uns mitgeteilt, daß bei dieser Gelegenheit die Antisemiten den ersten größeren Versuch machen wollen, im sächsischen Voigtland Posto zu fassen. Dieses Eingreifen in den Wahlkampf seitens der Antisemiten ist veranlaßt durch den Umstand, daß seitens des Ordnungsbreits kein konservativer sondern ein liberaler Kandidat aufgestellt ist. Wäre ein Mann von der Couleur Friesen aufgestellt, dann hätten sich die Antisemiten die Kosten der Wahlagitation sparen können, denn wenn die sächsischen Konservativen sich auch nicht offen zur antisemitischen Partei bekennen, im Herzen sind sie Judenfeßer erster Güte. Da auch die Deutschfreisinnigen einen Kandidaten aufstellen wollen — vorausgesetzt, daß sie einen finden, der Lust hat, leid durchzulassen, der alte Kirbich in Plauen hat sich für diese Ehre bedankt — so werden also vier Parteien um den Sieg ringen. Von unserer Seite sind die Wahlvorbereitungen fertig und an Agitation werden wir es bis zum Wahltermin, 16. März, nicht fehlen lassen. Es handelt sich darum, schon im ersten Wahlgang zu liegen, denn bei der Charakterlosigkeit sämtlicher Spielarten der sächsischen Bourgeoispartei ist es etwas Selbstverständliches, daß sie bei einer coeventuellen Stichwahl geschlossen gegen unseren Kandidaten votiren würden.

Eine starkbesuchte Volksversammlung in Neudamm erklärte sich nach dem Referat Otto Klein's aus Berlin mit den Beschlüssen des Erfurter Parteitages einstimmig einverstanden.

Aus London. Der Versuch, des bekannten Adglers, den kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein gegen die deutsche Partei auszuspielen, ein Versuch, der ihm insofern durch eine Ueberumpelung gelang, als mit 22 gegen 6 Stimmen ein Tadelvotum gegen die deutsche Partei beschloffen wurde, ist neuerdings kräftig zurückgeschlagen worden. Das Treiben des unsauberen Burschen hat die Wirkung gehabt, daß die parteifremdlichen Elemente im kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein sich enger aneinander schloffen und einen kräftigen Vorstoß gegen den Professionsverleumder und seine gleichwerthigen Kumpane machten. Am 16. Januar kam es zu einer Entscheidung. In diesem Tage hob der Verein, wie im „Vorwärts“ bereits erwähnt, mit 48 gegen 21 Stimmen die früher angenommene Resolution auf und erklärte sich mit der Haltung der deutschen Partei und den Beschlüssen in Erfurt einverstanden. Wäre die Resolution nicht erst Nachts 1/2 Uhr zur Abstimmung gekommen, sondern einige Stunden früher, die Majorität wäre eine noch größere gewesen. Die Majorität ist aber entschlossen ihren Sieg noch weiter auszubreiten, indem sie den Ausschluß des Oberndorfers — der bekanntlich Reporter für die „Vossische Zeitung“ ist und diese eines echten „Mafikalen“ würdige Stellung bezieht, um die Partei zu verächtlichen — aus dem Verein beantragte.

Nachricht. Der Ausschluß des fraglichen Wiederwärtigen ist inzwischen — am 26. d. Mts. — mit 47 gegen 21 Stimmen erfolgt.

Theater.

Sonnabend, den 30. Januar.
Opernhaus. Cavalleria rusticana. (Bauern-Oper). Vorher: Così fan tutte! (So machen es Alle).
Schauspielhaus. Der neue Herr. Fessing-Theater. Der Unerbittliche. Unter vier Augen.
Deutsches Theater. Kollege Crampion.
Berliner Theater. Der Hüttenbesitzer.
Residenz-Theater. Musotte. Vorher: Mobebazur Violet.
Wallner-Theater. König Kranke.
Friedrich-Wilhelmsstadt-Theater. Das Sonntagskind.
Thomas-Theater. Cacao.
Sellealliance-Theater. Der Herrgottschneider von Ammergau.
Ostend-Theater. Im Altar.
Adolph Gräß - Theater. Der Taustempel.
Alexanderplatz-Theater. Berliner Pfaffen.
Festplatz-Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Baummann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Cirkeller. Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen.
 Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich:
 Auftreten der **Hamburger Gaudebrüder**
 Konzert- und Komplettsänger.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntags 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten Mittags-tisch à la Duval. 3 Regelbahnen 6 Billards, 2 Säle. 1189L

Stabliement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion J. Bödmann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Küchenschank von Pagenhofer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Castan's Panopticum
 Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.
Neu:
 Die fliegende **Geigen-Fee.**
 Lebend, ohne Extra-Entree. Neueste musikalische Illusion. Vorstellungen von 12 Uhr u. 1 Uhr. — 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Nachmittags.
 Kolossal-Gruppe: Bauern-Aufstand!
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Passage-Panopticum.
 Lebensgroße Wachfiguren und Gruppen, Dioramen, Sündstübchen, Panorama mit Gewitter.
 Im Theater-Saal (ohne Extra-Entree): Täglich v. 6 Uhr ab Vorstellung von Spezial. I. Rang.
 Entree 50 Pf.

Viel neue Spezialitäten.
La belle Irene,
 die tätowierte Amerikanerin in **Pränscher's anatomischem Museum**
 nur noch kurze Zeit Kommandantenstr.
 Täglich für erwachsene Herren.
Dienstag und Freitag für Damen.
 Allen Genossen u. Bekannten empfehle mein Weiß- u. Valerisch-Bier-Lokal. Vereinszimmer noch einige Abende zu vergeben.
 E. Siegemund,
 Metallschleifer a. D.,
 Eisenbahnstr. 20.
 1176b

Verkaufe meine Restauration für 8000 M. per Kasse sofort. 18748
 Arthur Heimer, Gurovstr. 17.
Wo speisen Sie?
 In der alt-pommerschen Küche, Oranienstr. 181, Hof pt. bei Klein! Frühst. 30 Pf., Mittagstisch mit Bier 50 Pf., Abendstisch von 30 bis 60 Pf., nach Auswahl. 1896E
Künstliche Zähne 2 Mark.
 Plomben von 1,50 M. an. Schmerzloses Zahnziehen im Sprechstunden 8-7 Uhr. Zahnarzt **Robert Wolf**, Chausseest. 123, am Oranienb. Thor.

Circus Renz.

Karlstraße.
 Sonnabend, den 30. Januar 1892,
 Abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
 „Auf Helgoland“
 oder: Ebbs und Fluth.
 Große hydrologische Ausstattungs-Pantomime in 2 Abtheilungen mit National-Tänzen (60 Damen), Aufzügen. Neue Einlage: **Die Garde-Gusaren und Hlanen.** Dampfschiff- und Bootfahrten, Wasserfällen, Riesenfontänen mit allerlei Lichteffekten etc., arrangirt und inszenirt vom Direktor **E. Renz.** 6 Trakheiner Rapphongats zusammen dreifert und vorgeführt von Herrn **Franz Renz.** Elimar (Strick-springer) vorgeführt von Frei Ocoana Renz. Solon, geritten von der Schulleiterin Frau. **Clotilde Hager.** Contre dans, geritten von 9 Herren. 4 Gebr. **Briatore, Krobaten.** Mlle. **Theresina** auf dem 20 Fuß hohen Drahtseil. Auftreten der Parforereiterin **Frl. Natalia,** des Groteskreiters **Mr. Franks** sowie des Saltomortalesreiters **Mr. A. Delbosq** etc. Komische Entrees von sämtlichen Klowns.
Morgen Sonntag 2 Vorstellungen.
 Nachmittags 4 Uhr (1 Kind frei). Auf vielseitiges Verlangen: „Die lustigen Heidelberger.“ Abends 7 1/2 Uhr: „Auf Helgoland.“
E. Renz, Direktor.
 Vereinszimmer, 15 u. 50 Perz. Fass zu vergeb. **Flid,** Simeonstr. 23.
 Großer Saal ist Sonntags und Wochentags zu vergeben.
 Bohm-Druckerei, Prenzlauer-Thor.

HOHENZOLLERN-GALERIE
 an der Moltke-Brücke neben dem Lehrter Bahnhof.
 Größtes historisches Rundgemälde.
 Brandenburg-Prussen von der Zeit des Grossen Kurfürsten bis zur Gegenwart. 1922L
 Besichtigung 9 Uhr Vorm. bis 11 Uhr Abends. Die Direktion.
 Eintritt 1 Mk. Montags 2 M.

Freie Volksbühne.

Morgen, Sonntag, den 31. Januar, Nachmittags 2 Uhr, findet im Bellealliance-Theater für die
III. Abth. (braune Karten)
 die vierte Vorstellung im zweiten Vereinsjahr statt.
 Zur Aufführung kommt:
Nora.
 Schauspiel in 3 Akten von Henrik Ibsen.
 Das Ausloosen der Plätze beginnt wie bisher um 1 Uhr. Das Theater wird 10 Minuten nach 2 Uhr geschlossen.
Kinder haben keinen Zutritt.
 Mitglieder der I. u. 2. Abth. können gegen Nachzahlung von 50 Pf. die Vorstellung noch einmal besuchen.
 Im Februar wird aufgeführt:
Eisgang.
 Modernes Schauspiel in 4 Akten von Max Halbe.
 Die Vorstellungen finden wie folgt statt:
I. Abth. (rothe Karten) am Sonntag, den 7. Febr., Nachm. 2 Uhr.
II. Abth. (grüne „ „ „ „ 14. Febr., „ „
III. Abth. (braune „ „ „ „ 6. März, „ „
 Die Mitglieder der III. Abth. werden gebeten, die Dinausschiebung durch kontraktliche Verbindungen der Direktion zu entschuldigen.
 1206b **Der Vorstand.**

Fachverein der Tischler.

Sonnabend, den 20. Februar, findet in den Räumen von **Sausonci, Rottbuscherstr. 4a,** der diesjährige **Wiener Maskenball** des Vereins statt. Billets sind bei allen Vorstandsmitgliedern, sowie auf den Zahlstellen des Vereins zu haben.
 824/13 **Der Vorstand.**

Arbeiter-Bildungsschule (Nord-Bezirk).

Große Versammlung
 am Sonntag, den 31. Januar, Abends 6 Uhr, bei Keller, Bergstr. 8.
 Vortrag des Herrn Dr. **Plan:** „Die öffentliche Meinung.“ Diskussion.
 Nach dem Vortrage: **Geselliges Beisammensein mit Tanz.** Gäste freundlichst willkommen.
 431/12

Berlag des „Vorwärts“
 Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.
 Vom **Protokoll**
 über die **Verhandlungen des Parteitages**
 der **Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,**
 abgehalten zu Erfurt vom 14.-20. Oktober 1891,
 wird der **Neudruck**
 Mittwoch, den 10. Februar cr.
 zur Versendung gelangen.
 Alle bisher zurückgestellten Aufträge finden an diesem Tage ihre Erledigung. Wir ersuchen die Parteigenossen, denen Exemplare fehlen, um ihren Bedarf baldigst anzugeben.
 899/9

Circus G. Schumann.

Friedrich-Barl-Platz, Ecke Karlstr.
 Sonnabend, den 30. Januar 1892,
 Abends 7 1/2 Uhr: **Grosse Klown- und Komiker-Vorstellung.**
 Besonders hervorzuheben: Frau. **Anna Grohwald** wird als **Bavalier** den hochhengst „Palastro“ in der hohen Schule reiten. Zum 1. Male: **Klown Little Fred** mit seinem Wunderhund „Era“ in ihren arabischen Sprüngen u. Saltomortales. 3 reisende Künstler vor 50 Jahren, höchst komisches Entree des **Klown Little Fred** und seinen beiden Bedrungen. Zum 1. Male: **Der Klown-Klub,** komisches Intermezzo von sämtlichen Klowns. Zum 1. Male: Szene aus der Oper „**Troubadour**“, vorgef. vom **Klown Tanti.** Der **brasilianische Affe,** dargestellt von Herrn **Melas.** Der **Frosch,** mimisch-komisches Entree des Herrn **Hjalmar von Bergh.**
 Zum 4. Male: **Berliner Leben.** **Große Wasser- und Feuer-Pantomime** in 2 Abtheilungen und 9 Bildern und der **Apothekse.** **Die Guldigung des deutschen Heeres und der Marine,** ausgeführt vom gesammten Personal unter Mitwirkung aktiven Militärs sowie einer Militärkapelle.
 Sonntag, den 31. Januar: 2 große Vorstellungen. Nachm. 3 1/2 Uhr (1 Kind frei). **Zirkus unter Wasser.** „Eine ländliche Hochzeit.“ — Abends 7 1/2 Uhr: **„Berliner Leben.“** Zum letzten Male die **Apothekse: „Die Guldigung des deutschen Heeres und der Marine.“**
 Ich ziehe hierdurch die Beleidigung gegen Frau **Scholz** zurück und erkläre, daß ich sie als ehrenwerthe Frau betrachte. **August Berauer.**

HOHENZOLLERN-GALERIE
 an der Moltke-Brücke neben dem Lehrter Bahnhof.
 Größtes historisches Rundgemälde.
 Brandenburg-Prussen von der Zeit des Grossen Kurfürsten bis zur Gegenwart. 1922L
 Besichtigung 9 Uhr Vorm. bis 11 Uhr Abends. Die Direktion.
 Eintritt 1 Mk. Montags 2 M.

Freie Volksbühne.

Morgen, Sonntag, den 31. Januar, Nachmittags 2 Uhr, findet im Bellealliance-Theater für die
III. Abth. (braune Karten)
 die vierte Vorstellung im zweiten Vereinsjahr statt.
 Zur Aufführung kommt:
Nora.
 Schauspiel in 3 Akten von Henrik Ibsen.
 Das Ausloosen der Plätze beginnt wie bisher um 1 Uhr. Das Theater wird 10 Minuten nach 2 Uhr geschlossen.
Kinder haben keinen Zutritt.
 Mitglieder der I. u. 2. Abth. können gegen Nachzahlung von 50 Pf. die Vorstellung noch einmal besuchen.
 Im Februar wird aufgeführt:
Eisgang.
 Modernes Schauspiel in 4 Akten von Max Halbe.
 Die Vorstellungen finden wie folgt statt:
I. Abth. (rothe Karten) am Sonntag, den 7. Febr., Nachm. 2 Uhr.
II. Abth. (grüne „ „ „ „ 14. Febr., „ „
III. Abth. (braune „ „ „ „ 6. März, „ „
 Die Mitglieder der III. Abth. werden gebeten, die Dinausschiebung durch kontraktliche Verbindungen der Direktion zu entschuldigen.
 1206b **Der Vorstand.**

Fachverein der Tischler.

Sonnabend, den 20. Februar, findet in den Räumen von **Sausonci, Rottbuscherstr. 4a,** der diesjährige **Wiener Maskenball** des Vereins statt. Billets sind bei allen Vorstandsmitgliedern, sowie auf den Zahlstellen des Vereins zu haben.
 824/13 **Der Vorstand.**

Arbeiter-Bildungsschule (Nord-Bezirk).

Große Versammlung
 am Sonntag, den 31. Januar, Abends 6 Uhr, bei Keller, Bergstr. 8.
 Vortrag des Herrn Dr. **Plan:** „Die öffentliche Meinung.“ Diskussion.
 Nach dem Vortrage: **Geselliges Beisammensein mit Tanz.** Gäste freundlichst willkommen.
 431/12

Berlag des „Vorwärts“
 Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.
 Vom **Protokoll**
 über die **Verhandlungen des Parteitages**
 der **Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,**
 abgehalten zu Erfurt vom 14.-20. Oktober 1891,
 wird der **Neudruck**
 Mittwoch, den 10. Februar cr.
 zur Versendung gelangen.
 Alle bisher zurückgestellten Aufträge finden an diesem Tage ihre Erledigung. Wir ersuchen die Parteigenossen, denen Exemplare fehlen, um ihren Bedarf baldigst anzugeben.
 899/9

Sozialdemokratischer Wahlverein f. den IV. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Am Mittwoch, den 3. Februar 1892, Abends 8 1/2 Uhr, in **Renz' Lokal, Naunhuferstr. 27:**
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über **„Marimilian Robespierre“.** Referent: Genosse **E. Roland.** 2. Diskussion. 3. Vereinsmittheilungen. 4. Verschiedenes.
Diejenigen Mitglieder des Wahlvereins, welche gefelligen Vereinen angehören, werden dringend ersucht, dahin wirken zu wollen, daß ihre Sitzungen an dem Versammlungsabend des Wahlvereins ausfallen.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**
 Obiger Verein veranstaltet am **Sonnabend, den 6. Februar 1892, Abends 8 Uhr, im Elysium, Landsberger Allee 40-41:**
Grosses Konzert u. Ball
 verbunden mit **Vorträgen** ernstem und heiterem Inhalt.
 Entree inkl. Tanz 80 Pf.
 Billets sind in den bekannten Zahlstellen und in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben. 887/9

Verband der Vergolder, Goldleistenarbeiter und Gerusfugener.

Sonntag, den 7. Februar, in **Josi's Gesellschafts-Säle,** **Andreasstraße Nr. 21:**
II. Stiftungs-Fest
 verbunden mit **Vokal- und Instrumental-Konzert.** Unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins **Euphonia.**
Festrede, gehalten vom Stadtverordneten **Friedr. Inbell.**
 Kassen-Eröffnung 4 Uhr. Anfang präzis 5 Uhr.
 Freunde und Gönner sind willkommen.
 Herren-Billets à 50 Pf. Inklusiv Tanz, Damen 80 Pf.
 Billets sind zu haben bei **G. Rolte, Rüdersdorferstr. 23; G. Fiedig, Gurovstr. 6; S. Kailer, Reichenbergerstr. 22; S. Wormuth, Bernauerstr. 23; R. Kimpel, Joachimstr. 11.**
Das Comité.

Gr. öffentl. Tischler-Versammlung für Rixdorf und Umgegend

am Sonntag, den 31. Januar cr., Vormittags 10 1/2 Uhr, in **Apolt's Lokal, Knefbeckstr. 15.**
 Tages-Ordnung:
 1. Der Streik in der Nähmaschinen-Werkfabrik von **Raborenz** u. seine Bedeutung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, ganz besonders derjenigen, welche in derselben Branche arbeiten, in der Versammlung zu erscheinen.
 824/14 **Der Einberufer.**

Öffentliche Versammlung der Handschuhmacher von Berlin und Umgegend

am Sonntag, den 31. Januar 1892, Vormittags 10 1/2 Uhr, bei **Feuerstels, Alte Jakobstr. 75** (unterer Saal).
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **R. Millary** über: „Der Zweck und Nutzen der Streik-Kontrollkommission.“ 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegirten zur Streik-Kontrollkommission. 4. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt. — Gäste haben Zutritt. 1194b **Der Einberufer.**

Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen

am Sonntag, den 31. Januar, Nachmittags 5 Uhr, im **Restaurant Klein, Sadoweinstr. 6.**
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Zadek** über: „Die Unentgeltlichkeit der städtischen Desinfektion.“ 2. Diskussion.
 Abends 8 Uhr findet ein vom **Les- und Diskurirkub „Vereinte Kraft“** veranstaltetes **gemüthliches Beisammensein** bei musikalischer Abendunterhaltung mit **Frauen und Bekannten** statt. 433/6
 Um zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer: Klemrath.**

Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen

am Sonntag, den 31. Januar cr., Nachmittags 4 Uhr, in **Kurbel's Salon, Gadostraße 58.**
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des Herrn **L. Hennig** über: „Die Bartholomäusnacht oder die Pariser Bluthochzeit.“ Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt. Nachher: **Beisammensein und Tanz.**
 Um zahlreichen Besuch bittet **Die Einberuferin.** 433/5

Lithographen, Steindrucker u. Berufsgen. Berlins.

Öffentliche Versammlung
 Montag, den 1. Februar 1892, Abends 8 1/2 Uhr, in **Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße (Industriegebäude), oberer Saal.**
 Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn **Ph. Schmitt** über den Buchdruckerstreik und die Unterjägung der Ausgeperrten. Weitere Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
 Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt.
 Im Auftrage der Kommission:
Fr. Scherer, Lithograph, Diegnitzerstr. 21.
 200/6

Freireligiöse Gemeinde.

Sonntag, Vormittags 10 1/2 Uhr, im grossen Saal **Ronenthalerstrasse No. 38.**
 Vortrag des Herrn **Dr. Bruno Wille:**
„Zwang und Freiheit.“
 Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. 88/3
 Im Nebenraum liegt eine **Petition gegen den Schulgesetz-Entwurf** aus. Die Unterzeichnung möglichst vieler freier Denker ist dringend wünschenswerth.

Stuckateure!

Die Kollegen, welche noch im Besitze von **Sammellisten** sind, werden ersucht, dieselben **unverzüglich** an die **Vertrauensleute** oder im Arbeitsnachweis, **Weinmeisterstr. 19,** abzugeben. Gleichzeitig ersuchen wir die **statistischen Fragebogen** und **Jahresbücher** abzugeben.
Die Vertrauensleute.
 899/9

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

160. Sitzung vom 29. Januar 1892. 2 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Marschall, v. Malchahn, Graf Lerchenfeld.

Es wird zunächst über das Gesetz, betr. die Anwendung der vertragsmäßigen Zollsätze auf Getreide, Zoll und Wein die Gesamtabstimmung vorgenommen.

Für die Beschlüsse dritter Lesung stimmen geschlossen die Sozialdemokraten, die Volkspartei, die Freisinnigen und Nationalliberalen; ferner die Wilden Johannsen, Köstke, Wiffner; vom Centrum die Abgg. Wachen, Wender, Wöbder, Trebs, Graf, Greiß, Spahn, Stöbel, Mattendorff und Wenders; von der Reichspartei Fürst Haysfeld, Frhr. v. Unruhe-Bomst und Wessel; von den Deutsch-Konfessionellen Weniger.

Es folgt die dritte Verathung des Gesetzentwurfs betr. die Anwendung der für die Einfuhr nach Deutschland vertragsmäßig bestehenden Zollbefreiungen und Zollermäßigungen gegenüber den nicht meistbegünstigten Staaten.

Abg. Graf Arnim (Rp.) weist darauf hin, daß die Zollermäßigungen, welche Oesterreich uns zugestanden hat, von Oesterreich anderen Ländern in noch höherem Maße zugestanden worden sind; daß sei eins der schwersten Bedenken gegen den österreichischen Handelsvertrag gewesen.

Ohne weitere Diskussion wird die Vorlage unverändert definitiv genehmigt.

Zur ersten Verathung steht sodann die Vorlage, betreffend die Vereinsthaler österreichischer Geprägung.

Nach § 1 des Gesetzes soll der Bundesrath ermächtigt werden, die Anfertigung der in Oesterreich bis zum Schlusse des Jahres 1867 geprägten Vereinsthaler und Vereins-Doppelhaler unter Einlösung derselben auf Rechnung des Reiches zu dem Werthverhältnisse von 3 Th. gleich 1 Thaler anzuordnen.

Abg. v. Frege (Kons.) beantragt die Verathung der Vorlage in einer Kommission von 14 Mitgliedern.

Die erste Verathung des Entwurfs eines Volksschulgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Vamberger (Dfr.): Kommissionsberathung scheint mir zwar nicht erforderlich, wo die Dinge so einfach liegen, aber ich will gegen den Antrag keinen Einspruch erheben.

Abg. v. Karborff (Rp.): Bei der ganzen politischen Konstellation ruht wirklich die Aufmerksamkeit auf anderen Punkten, als auf der Währungsfrage.

Es folgen Kommissionsberichte über Petitionen.

Die Petition der Zivil-Wächsmacher Grichson aus Greißwald und 13 Genossen, wonach den Militär-Wächsmachern unterlagt werden soll, Privatarbeiten auszuführen und Handel mit Waffen und Munition zu treiben, wird dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen.

Abg. Scipio berichtet Namens der Petitionskommission über die Petition von Fischern zu Halling (Fürstenthum Lübeck), betreffend die Einführung eines Zolls auf mit Salz bestrickte grüne Heringe.

Abg. Graf Holstein (Df.) bedauert, daß auf dem vorgeschlagenen Wege eine Abhilfe zur Zeit nicht möglich sei, und ersucht dringend die verbündeten Regierungen, die Nothlage der deutschen Fischer namentlich wegen der schwedischen Konkurrenz in Betracht zu ziehen und Abhilfe zu schaffen.

Abg. Schwarz (Lübeck, Soz.) ist mit diesen Ausführungen einverstanden, soweit sie die Lage der deutschen Fischer betreffen, aber diese Fäden hier nicht in Frage, da sie so viele Heringe nicht liefern können.

Abg. Marquardsen (natl.) hofft, daß den berechtigten Beschwerden der Fischer in praktischer Weise durch die Landesregierung abgeholfen werden kann.

Abg. Seelig (Dfr.): Es stehen sich hier die Interessen der Fischzucht und der Fischerei gegenüber. Ich trage deshalb auch Bedenken, den Weg zu betreten, welchen die Petenten empfehlen. Der Einfuhr von fremden Fischen sollte kein Hinderniß bereitet werden.

Abg. Graf Holstein betont nochmals, daß seit drei Jahren nichts geschieden sei, den Fischern zu Hilfe zu kommen, daß

namentlich das Unfallgesetz noch immer nicht auf die Fischer ausgedehnt sei.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Ueber die Petition des Magistrats zu München betreffend die Erweiterung der Grenzen für die kommunale Besteuerung des Weins, beantragt die Kommission gleichfalls Uebergang zur Tagesordnung.

Ohne Debatte wird demgemäß beschloffen.

Die Tischler Kemann, Duth und Langer aus Merseburg bitten den Reichstag, bei den verbündeten Regierungen dahin wirken zu wollen, daß den Amtsvorstehern und Landräthen zur Pflicht gemacht werde, daß sich dieselben jeder Beeinflussung der Gastwirthe in Bezug auf Vereinigungen enthalten.

Die Kommission, für welche an Stelle des Abg. Schäbler Abg. Frohne referirt, beantragt Ueberweisung der Petition an den Reichskanzler zur Erwägung dahin, ob nicht der amtlichen Beeinflussung der Wirthe seitens amtlicher Behörden Abhilfe geschaffen werden könne.

Abg. Ricker will die Petition zur Berücksichtigung überweisen, Abg. Webel ebenfalls zur Berücksichtigung nach der Richtung der amtlichen Beeinflussung der Wirthe seitens amtlicher Behörden, insbesondere auch der Militärbehörden, Abhilfe zu schaffen.

Abg. Gröber (Z.): Das Petition der drei Herren aus Merseburg geht noch viel weiter, es verlangt ein Vereins- und Versammlungsgesetz, welches die freie Abhaltung von Versammlungen zu Reichstags- und anderen Wahlen auch ohne polizeiliche Genehmigung gestattet.

Abg. Ricker beantragt nach diesen Mittheilungen des Abg. Gröber die Zurückweisung der Petition an die Kommission, damit man wenigstens erfahre, was denn eigentlich in der Petition enthalten sei, da der schriftliche Bericht des Abg. Schäbler dies nicht sicher erkennen lasse.

Das Haus beschließt demgemäß.

Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Schluß gegen 5 Uhr. Nächste Sitzung Sonntag 2 Uhr.

Abgeordnetenhand.

6. Sitzung vom 29. Januar. 11 Uhr.

Am Ministerische: Graf von Caprivi, Graf von Zedlitz, von Heyden und Kommissarien.

Die erste Verathung des Entwurfs eines Volksschulgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Virchow (Dfr.): Die Stellung der Parteien hat allmählich eine gewisse Deutlichkeit und Schärfe angenommen. Wir hier links haben gesehen, daß die Verhugung, welche scheinbar gewonnen war, nicht mehr vorhanden ist.

Der Kultusminister hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er gewillt ist, seine Gedanken bis zu Ende durchzuführen. Er will die Konfession an die Stelle der Religion setzen und darauf die Zukunft des Staates aufbauen.

Abg. v. Karborff (Rp.): Bei der ganzen politischen Konstellation ruht wirklich die Aufmerksamkeit auf anderen Punkten, als auf der Währungsfrage.

Es folgen Kommissionsberichte über Petitionen.

Die Petition der Zivil-Wächsmacher Grichson aus Greißwald und 13 Genossen, wonach den Militär-Wächsmachern unterlagt werden soll, Privatarbeiten auszuführen und Handel mit Waffen und Munition zu treiben, wird dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen.

Abg. Scipio berichtet Namens der Petitionskommission über die Petition von Fischern zu Halling (Fürstenthum Lübeck), betreffend die Einführung eines Zolls auf mit Salz bestrickte grüne Heringe.

Abg. Graf Holstein (Df.) bedauert, daß auf dem vorgeschlagenen Wege eine Abhilfe zur Zeit nicht möglich sei, und ersucht dringend die verbündeten Regierungen, die Nothlage der deutschen Fischer namentlich wegen der schwedischen Konkurrenz in Betracht zu ziehen und Abhilfe zu schaffen.

Abg. Schwarz (Lübeck, Soz.) ist mit diesen Ausführungen einverstanden, soweit sie die Lage der deutschen Fischer betreffen, aber diese Fäden hier nicht in Frage, da sie so viele Heringe nicht liefern können.

Abg. Marquardsen (natl.) hofft, daß den berechtigten Beschwerden der Fischer in praktischer Weise durch die Landesregierung abgeholfen werden kann.

Abg. Seelig (Dfr.): Es stehen sich hier die Interessen der Fischzucht und der Fischerei gegenüber. Ich trage deshalb auch Bedenken, den Weg zu betreten, welchen die Petenten empfehlen. Der Einfuhr von fremden Fischen sollte kein Hinderniß bereitet werden.

Abg. Graf Holstein betont nochmals, daß seit drei Jahren nichts geschieden sei, den Fischern zu Hilfe zu kommen, daß

Vorlage aufgenommen; die staatlichen Behörden werden gegen die kirchlichen gar nichts ansprechen können; der Lehrer ist den letzteren Preis gegeben.

Die Kommission, für welche an Stelle des Abg. Schäbler Abg. Frohne referirt, beantragt Ueberweisung der Petition an den Reichskanzler zur Erwägung dahin, ob nicht der amtlichen Beeinflussung der Wirthe seitens amtlicher Behörden Abhilfe geschaffen werden könne.

Abg. Ricker will die Petition zur Berücksichtigung überweisen, Abg. Webel ebenfalls zur Berücksichtigung nach der Richtung der amtlichen Beeinflussung der Wirthe seitens amtlicher Behörden, insbesondere auch der Militärbehörden, Abhilfe zu schaffen.

Abg. Gröber (Z.): Das Petition der drei Herren aus Merseburg geht noch viel weiter, es verlangt ein Vereins- und Versammlungsgesetz, welches die freie Abhaltung von Versammlungen zu Reichstags- und anderen Wahlen auch ohne polizeiliche Genehmigung gestattet.

Abg. Ricker beantragt nach diesen Mittheilungen des Abg. Gröber die Zurückweisung der Petition an die Kommission, damit man wenigstens erfahre, was denn eigentlich in der Petition enthalten sei, da der schriftliche Bericht des Abg. Schäbler dies nicht sicher erkennen lasse.

Das Haus beschließt demgemäß.

Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Schluß gegen 5 Uhr. Nächste Sitzung Sonntag 2 Uhr.

Abgeordnetenhand.

6. Sitzung vom 29. Januar. 11 Uhr.

Am Ministerische: Graf von Caprivi, Graf von Zedlitz, von Heyden und Kommissarien.

Die erste Verathung des Entwurfs eines Volksschulgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Virchow (Dfr.): Die Stellung der Parteien hat allmählich eine gewisse Deutlichkeit und Schärfe angenommen. Wir hier links haben gesehen, daß die Verhugung, welche scheinbar gewonnen war, nicht mehr vorhanden ist.

Der Kultusminister hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er gewillt ist, seine Gedanken bis zu Ende durchzuführen. Er will die Konfession an die Stelle der Religion setzen und darauf die Zukunft des Staates aufbauen.

Abg. v. Karborff (Rp.): Bei der ganzen politischen Konstellation ruht wirklich die Aufmerksamkeit auf anderen Punkten, als auf der Währungsfrage.

Es folgen Kommissionsberichte über Petitionen.

Die Petition der Zivil-Wächsmacher Grichson aus Greißwald und 13 Genossen, wonach den Militär-Wächsmachern unterlagt werden soll, Privatarbeiten auszuführen und Handel mit Waffen und Munition zu treiben, wird dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen.

Abg. Scipio berichtet Namens der Petitionskommission über die Petition von Fischern zu Halling (Fürstenthum Lübeck), betreffend die Einführung eines Zolls auf mit Salz bestrickte grüne Heringe.

Abg. Graf Holstein (Df.) bedauert, daß auf dem vorgeschlagenen Wege eine Abhilfe zur Zeit nicht möglich sei, und ersucht dringend die verbündeten Regierungen, die Nothlage der deutschen Fischer namentlich wegen der schwedischen Konkurrenz in Betracht zu ziehen und Abhilfe zu schaffen.

Abg. Schwarz (Lübeck, Soz.) ist mit diesen Ausführungen einverstanden, soweit sie die Lage der deutschen Fischer betreffen, aber diese Fäden hier nicht in Frage, da sie so viele Heringe nicht liefern können.

Abg. Marquardsen (natl.) hofft, daß den berechtigten Beschwerden der Fischer in praktischer Weise durch die Landesregierung abgeholfen werden kann.

Abg. Seelig (Dfr.): Es stehen sich hier die Interessen der Fischzucht und der Fischerei gegenüber. Ich trage deshalb auch Bedenken, den Weg zu betreten, welchen die Petenten empfehlen. Der Einfuhr von fremden Fischen sollte kein Hinderniß bereitet werden.

Abg. Graf Holstein betont nochmals, daß seit drei Jahren nichts geschieden sei, den Fischern zu Hilfe zu kommen, daß

(Weiterkeit.) Von einer Kriegserklärung kann nach meinem unmaßgeblichen Dafürhalten keine Rede sein. Was sollten wir von einem Krieg mit Ihnen für einen Vortheil haben? Wir haben den aufrichtigen Wunsch mit Ihnen zusammenzugehen. Warum sollten wir Ihnen den Krieg erklären auf Grund einer Vorlage, von der ich noch heute die Ueberzeugung habe, wenn Sie nicht in gewissen Nachlässigkeiten von älteren Zeiten lebten, Sie würden dieselbe annehmen. Wenn ein Kriegszustand eingetreten ist, so ist er uns von anderer Seite erklärt worden. Zu meinem aufrichtigen Bedauern habe ich in der Presse der Partei, welcher Herr v. Gynern angehört, Angriffe auf die Regierung lesen müssen. Diese Angriffe verheißt nicht; ich entnehme ihnen nur, daß eine Mißstimmung vorhanden ist. Es betrübte mich die Haltung, welche sich in einem Neujahrsartikel eines größeren Blattes bemerkbar machte. Aber ich fand keine Motive. Jetzt, nachdem neulich die große liberale Partei proklamiert oder wenigstens in ihren Anfängen der Welt kundgegeben ist, kann ich mir manches besser erklären. Ich bin überrascht worden von dieser Erklärung. Ein Redner wollte sie allerdings vorangesehen haben. Ich will nicht sagen, daß es mir unangenehm wäre, wenn die National-liberalen sich durch Jugug von links verstärkten. Nur die Art und Weise, wie diese Partei zu Stande gekommen (Große Weiterkeit links; Jura: Sie ist ja nicht zu Stande gekommen!) und wie die Herren, welche aufgetreten sind, reden, das verstehe ich nicht. (Minister Miguel erscheint in der Thür des Ministerzimmers, verschwindet aber sofort wieder.) Die Regierung sucht keinen Kampf. Ich bin weit entfernt, die Verdienste der nationalliberalen Partei und ihres Führers an anderer Stelle zu verkennen. Mein Amtsvorgänger hat dieser Partei bedurft, um Deutschland einig zu machen. Wir ist aber fraglich, ob die Partei auf dem Standpunkt, auf dem sie jetzt steht, zu verharren gewillt ist. Zwei Dinge machen das Wesen der Partei aus: das Nationale und das Liberale. National ist nicht mehr das Kennzeichen einer Partei. National ist ganz Deutschland. (Zustimmung.) Daraus kann man Parteiunterschiede nicht mehr gründen. (Zustimmung links.) Diese Partei muß also das Liberale nach meinem Dafürhalten mehr betonen. Der nationalliberale Redner hat die hypothetische Besorgnis ausgesprochen, die jetzige Regierung könne geneigt sein, dem Centrum weitere Konzeptionen zu machen. Das überrascht mich. Wir sind mit der nationalliberalen Partei bei vielen Vorlagen gemeinsam vorgegangen. Jetzt scheint mir eine Trennung eingetreten. Wenn wir den Muth hatten, von den National-liberalen uns abzuwenden, warum sollten wir nicht auch den Muth haben, von den Parteien uns abzuwenden, mit denen wir jetzt zusammengehen? Weiglich der Jesuitenfrage glaube ich mich nicht zu irren, wenn ich erkläre, die preussische Regierung wird im Bundesrath sich gegen die Wiederzulassung der Jesuiten aussprechen. Das will ich zur Verabingung gesagt haben. Ich erkenne in dem, was gesprochen ist, um die neue große liberale Partei einzuführen, auch das vollkommene an: es hat in der nationalliberalen Partei immer ein gewisser Idealismus gelegen. Das ist eines ihrer schönsten Ziele gewesen. Dieser Idealismus ist durch die Gründung des Reichs ziellos geworden. Daß Sie das Bestreben haben, den Idealismus zu erhalten, damit kann ich übereinstimmen. Wir sind krank daran, daß der Idealismus verloren geht; es wird sehr erfreulich sein, wenn wir zur stärkeren Betonung des Idealismus kommen. Wenn nun bei den gegenwärtigen Gesetzen Differenzen aufgetreten sind, so glaube ich allerdings, daß diese Differenzen ihren Grund und ihre Wurzel tiefer haben, als man allgemein angenommen hat, und ich befinde mich in voller Uebereinstimmung mit dem Abgeordneten Porsch. Es handelt sich hier in letzter Instanz nicht um evangelisch und katholisch, sondern um christlich und atheistisch. (Lebhafte, lärmender, unwilliger Widerspruch bei den Nationalliberalen und den Freisinnigen. Einige Abgeordnete schlagen mit den Fäusten auf die Tische. Weisfall rechts und im Centrum.) Ich bin der Meinung, daß eine Religion nicht gelehrt werden kann ohne Konfession. Wir können keine andern Konfessionen haben als die nun einmal vorhandenen sind. Ueber diese Richtung hinaus geht eine Weltanschauung, die weiter geht. Ich nehme an, kein einziger von Ihnen theilt diese Anschauung, aber die Weltanschauung ist da. Wenn Herr Virchow die Berliner Schule zitiert hat, so wird man einen Anhalt dafür finden, daß diese Weltanschauung um sich greift. Diese Weltanschauung ist die atheistische. Das Verhältniß zu Gott kann bewußt oder unbewußt sich äußern, aber daß ein solches Verhältniß überhaupt vorhanden ist, das ist die Hauptsache. Ich weiß bis jetzt nicht, wie das anders gemacht werden soll als durch das Lehren der Religion. Denn wenn auch der berechtigte Mund eines Universitätsprofessors eine Moral lehren würde, so würde ich mir wenig Erfolg davon bei Volksschulkindern versprechen. Ich meine, es ist unvermeidlich, daß wir einen Kampf mit dem Atheismus führen. Ich verwahre mich vor der Schlussfolgerung, daß ich Atheismus und Sozialdemokratie verwechsle. Ich halte den ersteren für eine ernste Gefahr unseres Staatslebens und meine deshalb . . . vielleicht werden Sie über meine Aeußerung nicht so böse wie bisher . . . wir stehen vor der Gefahr, atheistisch zu werden. (Widerspruch links.) Man hat uns vorgeworfen, wir wollten Krieg, wir suchten den Konflikt zwischen Lehren und Geisteslichen, zwischen Geistlichen und Gemeinden. Nichts liegt uns ferner, als solche Gegensätze zu schaffen. Aber der Gegensatz zwischen Atheismus und Theismus ist vorhanden. Dieser Gegensatz läßt sich nicht verwischen, er verschärft sich. Die Regierung will sich auf das Verwischen nicht einlassen. Das haben wir durch den Entwurf erzielen wollen. Indem wir die Funktionen abgrenzen, wollen wir Konflikte vorbeugen und wenn Sie dabei uns behilflich sein und mit uns arbeiten wollen, wird uns das sehr erwünscht sein. Wir wollen den Frieden auch mit Ihnen und ich habe nur an Sie die Bitte, beurtheilen Sie das, was wir thun, objektiv und lassen Sie es nicht zur Agitation kommen, welche die Massen anregt, die vielleicht nicht fähig sind, über diese Frage zu urtheilen. Die schwere Noth eines Krieges war notwendig, um die Deutschen dahin zu bringen, sich zu vertragen. Sollte es wieder einer schweren Zeit bedürfen, um die deutschen Parteien zur Vereinigung zu bringen? (Rufen links; Weisfall rechts.)

Abg. Minister (J.): Die Rede des Abg. Virchow war mir zum Theil aus der Seele gesprochen, er irrt aber, wenn er meint, daß die Bindhorst'schen Anträge mit der Vorlage thatsächlich übereinstimmen. Jene beziehen sich nur auf den Religionsunterricht und diesen wollte auch Herr Virchow der Kirche überlassen, so sprach er sich in der Debatte über das Schulaufsichts-Gesetz aus; dazu möchte er also unsere Bestrebungen unterstützen. Nach den Friederichianischen Bestimmungen war, so erwidere ich namentlich dem Abg. v. Gynern, der Religionsunterricht lediglich Sache der Kirche, von einer Staatschule konnte in dieser Beziehung keine Rede sein. Die Frucht des neuen Verfahrens bei der Schulaufsicht, wo die Kirche jedes Einflusses auf die Schule beraubt wurde, ist die Rede des Herrn Dittes, der auf eine Anhängerschaft von 40 000 Wählern zählen konnte. Aus der heutigen Volkschule gehen die Redner, die Mäuler hervor. Sie lachten früher, als wir das in Aussicht stellten, jetzt lachen Sie nicht mehr; das Schulaufsichts-Gesetz ist einer der wichtigsten Gründe der Demoralisation unserer heutigen jüngeren Generation, gegen die Sr. Majestät jetzt selbst so energisch Front macht. Ich bedauere, daß die Vorlage an der Schulaufsicht nicht ändern will. Diese Frage können wir in der Kommission nicht unberührt lassen. Ich gebe dem Ministerpräsidenten und dem Kultusminister zu: Religion ist ohne ein positives Bekenntniß nicht möglich und die Debatte hat erwiesen, wohin die Geister streben. Aus der einen Seite wird die moderne Naturanschauung, die moderne Wissenschaft vertreten, auf der andern die religiöse. Herr v. Gynern sagt, seine Religion sei die Bergpredigt, aber deren Werth liegt in der göttlichen Offenbarung, die sie darstellt, liegt darin, daß sie von unserm Herrn Christus gehalten ist. Ich verstehe nicht, wie die Regierung von den Vertretern der modernen Wissenschaft ein Patentrecht mit der Kirche erwarten kann,

dazu sind beide Weltanschauungen gar zu sehr von einander verschieden. Wir wollen für die Jugend die Mittel, die ihr ein möglichst glückliches Dasein schaffen und sie stärken sollen in dem modernen Kampf. Sie wollen freilich Volksschulen, wo der technische Unterricht von der Religion getrennt ist, wo in der katholischen Schule kein Kreuz, in der evangelischen kein Luther hängt. Der Kampf muß jetzt ausgefochten werden.

Abg. von Jeditz (fr.): Wir stehen auf dem Boden der christlichen Kirche und von diesem Gesichtspunkt halten wir die Vorlage für unannehmbar; also ist es nicht richtig, daß man, wenn man auf dem Boden der christlichen Kirche steht, für die Vorlage eintreten muß. Der Unterschied des Entwurfs gegen den vorigen ist so tiefgehend, daß, wenn dieser Unterschied bestehen bleibt, wir der Vorlage nicht zustimmen können. Mit Recht fordert der Ministerpräsident eine sittlich-religiöse Erziehung in der Volksschule, aber diese war ja nach dem vorjährigen Gesetzentwurf ebenfalls möglich, und auch die Kon-servativen stimmten ja im vorigen Jahre in der Kommission für die Vorlage, wie sie von der Regierung eingebracht war; und ich kann nicht annehmen, daß diese Partei etwas Anderes wollte, als eine religiös-sittliche Erziehung. Dagegen kann man uns, wenn wir uns für die vorjährige, gegen die diesmalige erklären, nicht Materialismus oder gar Atheismus vorwerfen. Das wäre unbegründet, das wäre sogar sinnlos. (Weisfall links.) In dem Punkte des Privatunterrichts hat die diesjährige Vorlage sogar weniger Garantien für eine sittliche und religiöse Erziehung, als die vorjährige. Wenn man aber den christlich-religiösen Charakter der Volksschule in den Vordergrund rückt, darf man es nicht einseitig thun. Ein konfessionell verschiedenes Volk muß einheitlich in dem Geiste der Vaterlandsliebe, der Anhänglichkeit an Preußen und Deutschland erzogen werden. (Weisfall links; Jura: rechts: Phrase!) War das, was die Herren v. Hammerstein und Söder sagten, etwa nicht Phrase? Von diesen Dingen, verstehe ich wohl mehr als Sie. (Weiterkeit.) Die durch die verschiedenen Konfessionen im Staate nötige Trennung der Schulen muß auf das dringend Nötigste beschränkt bleiben. Der Religionsunterricht muß dem religiösen Bekenntniß entsprechen, darüber hinaus können wir der Kirche keinen Einfluß geben, im Interesse des Staats. Herr v. Caprivi sagte im vorigen Jahre: Der Entwurf sei in der Absteckung der Grenze zwischen Staat und Kirche bis auf das Irrende Mögliche und Zulässige gegangen. An dem Kampf gegen die unersitzlichen Tendenzen muß allerdings die Volksschule einen Hauptantheil haben, aber zu dem Zweck muß sie, wie der Minister selbst will, die Kinder zu selbständigem Denken erziehen. Das kann die Kirche nicht. (Widerspruch im Centrum) nein, das kann die Kirche nicht, denn sie wendet sich lediglich an das Herz, nicht an den Kopf. Wir dürfen nicht vergessen, daß hier nicht nur die übersinnlichen Interessen in Frage kommen, sondern auch materielle. Das Beispiel der „Kreuzzeitung“ zeigt, daß man für das Christenthum und dabei doch für materielle Interessen eintreten kann. (Weiterkeit.) Weil die Kirche aber selbständige Denker nicht erziehen kann, darf sie nicht mehr Einfluß auf die Volksschule haben, als ihr nach der Verfassung zusteht für den Religionsunterricht. Aus allen diesen Gründen sind wir gegen die diesjährige Vorlage. Auf der Grundlage dieser Vorlage werden wir uns zu keiner Verständigung bereit finden lassen, wohl aber auf dem Boden der vorjährigen Vorlage, für die auch die Nationalliberalen und die Konservativen eintraten. Der Minister hat Unrecht, wenn er meint, daß die Bewegung gegen die Vorlage eine künstlich gemachte sei. Diese Bewegung geht sehr tief und erregt auch sehr ruhige und gemäthigte Gemüther. Unter diesen Umständen halten wir es für das Beste, in dem gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die Gemüther so erregt sind, die große prinzipielle Frage vorläufig unerledigt zu lassen und nur ein Gesetz über die Ausbringung der Volksschullasten zu erlassen. (Weisfall links.) In diesem Sinne, in dem Sinne des Friedens, in dem Sinne der Stärkung des Staates treten wir in der Kommission ein, werden wir in der Kommission an der Vorlage arbeiten. (Lebhafte Weisfall links.)

Kultusminister Graf Jeditz: Ich halte es für grundfalsch, daß die religiöse Erziehung die verstandsmäßige Ausbildung beschränkt. Auf dem jeder positive Christ ein Dummkopf sein? (Weiterkeit, Zustimmung rechts.) Ueber die Einzelheiten werden wir uns in der Spezialdiskussion verständigen können. Ich hoffe dem Vorredner nachzuweisen, daß die Unterschiede zwischen uns sehr minimale sind, wenigstens auf dem Gebiete der reinen Konfessionalität. Größer scheinen ja die Unterschiede bezüglich der Vorbildung der Lehrer und bezüglich der Privatschulen zu sein. Auf Grund der Kenntniß aller Verhältnisse bin ich zu der Ueberzeugung gelangt, daß in dem Gesetz nichts vorhanden ist, was zu der hervorgetretenen Beunruhigung den geringsten Anlaß giebt. Ich will ganz bei Seite lassen, daß ich überall auf der bestehenden Verwaltungspraxis aufgetaut habe. Aber alle Bestimmungen, welche jetzt angegriffen werden, bestehen in anderen Staaten anstandslos, ja in viel ausgebildeterer Weise. Und zwar gelten diese Bestimmungen in Staaten, welche eine liberale Verfassung haben. Herrn Virchow gegenüber muß ich behaupten, daß es eine allgemeine menschliche Moral nicht giebt, sondern höchstens eine menschliche Unmoral. Diese Unmoral muß durch die Religion in Moral umgesetzt werden, sonst brauchen wir eine Religion überhaupt nicht. (Zustimmung rechts.) Herr Virchow verweist auf die nausauischen Konfessionsschulen; aber das betreffende Gesetz hat von dieser allgemeinen Moral keine Kenntniß, sondern schreibt den konfessionellen Religionsunterricht vor. Herr Virchow meinte, der Kultusminister modelliere alles nach der Porrschule. Ich habe allerdings die Berliner Schulen noch nicht persönlich besichtigt, aber man kann die Dinge ja auch anders kennen lernen. Ich habe eine hohe Achtung vor den Leistungen der Stadt Berlin in Bezug auf das Schulwesen. Ich bin es gewesen, der die Selbständigkeit der Kommunalverwaltung in dieser Beziehung praktisch zum Ausdruck gebracht hat. Das liegt durchaus in der Grundanschauung, auf der ich stehe; denn ich habe eine hohe Meinung von der Leistungsfähigkeit der Gemeinde überhaupt. Ein großer Theil unserer staatlichen Institutionen kann nur glücklich fortschreiten unter lebendiger Theilnahme der Bevölkerungsklassen, auf welche sie zugeschnitten sind. Ich trenne städtische und dörfliche Schulwesen vollständig; bei Gopler sind das städtische Schulwesen erst bei Städten über 10 000 Einwohner an; eine solche Grenze giebt es bei mir nicht. Daß die neue städtische Schulbehörde mehr Recht haben wird, als jemals die städtische Schuldeputation, geht aus der Vorlage hervor; bezüglich der Bildung neuer Klassen, bezüglich der Anstellung der Lehrer werden die Rechte der Gemeinde erweitert. Und das macht man mir den Vorwurf, daß ich die Schule einschränke durch Polizeimaßregeln. (Weisfall rechts.)

Abg. Porsch (E.): Es wäre mir angenehm gewesen, wenn Herr von Jeditz seinen Standpunkt Herrn Virchow gegenüber etwas genauer abgegrenzt hätte; Herr Virchow will eine allgemeine Moral ohne jede Konfession und Herr von Jeditz will auch etwas allgemeines, wobei er die Konfession für schädlich hält. Eine solche konfessionellose Moral haben wir schon in den französischen Schulen. Herr Virchow hat die Anträge Bindhorst'schen vorgelesen und bewiesen, daß selbst ein so großer Gelehrter nicht immer begreift, was er liest. Alles, was im Bindhorst'schen Antrage enthalten war, ist in der Vorlage nicht enthalten, denn die Kirche erhält nicht das Recht, den Lehrer abzusetzen, den Lehrer vom Volksschulamt fern zu halten u. s. w. Redner verweist schließlich auf die Rede des Herrn v. Gopler zu den Bindhorst'schen Anträgen, in welchen die Ordnung der katholischen Schulen so geschildert sei, wie die Vorlage es jetzt nicht einmal zulasse.

Abg. Friedberg (ntl.) Ich lehne es ab, für die Ausführungen des Herrn Virchow über Unterricht in der Moral die Verantwortung zu übernehmen. Wenn die Vorlage dem Gopler'schen Entwurf so nahe steht, weshalb ist dann die Centrumspartei mit fliegenden Fahnen in das Lager der Regierung übergegangen? (Sehr richtig! links.) Ein

Entwurf, welcher die katholischen Mitbürger befriedigen soll, ist ein Sieg des Zentrums. Es ist eine Legende, daß wir von vornherein nicht bereit gewesen seien, auf die Vorlage einzugehen. Hätte man uns nur das geringste Entgegenkommen bewiesen, so hätten wir uns wohl zur Erörterung der Fragen bereit finden lassen. An der Aberration einer Konfessionalität nehmen wir in erster Linie Anstoß. Diese Uebertreibung tritt hervor darin, daß nur Konfessionsschulen eingerichtet werden sollen und zwar schon bei 30 Schülern, daß an mehrklassigen Schulen nur Lehrer einer Konfession angestellt werden sollen. Wenn der Minister die bestehenden Simultan-schulen nicht aufhebt, warum verbietet er deren Neubegründung vollständig? Ein ferneres Bedenken ist, daß der Geistliche direkt den Lehrer mit Weisungen versehen kann, statt daß er das Recht hätte, sich an die Schulbehörde zu wenden. Der kirchliche Kommissar erhält ein Vetorecht, welches er bis jetzt nicht hatte. Der Hinweis auf Baden ist unzutreffend, denn Baden hat gesehlich die Simultan-schulen, an welchen die Kirche den Religionsunterricht zu erteilen hat, wobei der Lehrer den Geistlichen zu unterstützen hat. Bedenklich ist ferner der Gewissenszwang für die Kinder der Dissidenten und die Zusammenfassung des Schuloorstandes. Warum gerade diese Abweichung von der Gopler'schen Vorlage, welche dem Gemeindevorstande seinen Einfluß wahrte? Dieser Schuloorstand ist nur gemacht der Konfessionalität zu Liebe, und gerade dadurch wird die Herrschaft des Geistlichen über den Lehrer und die Schule herbeigeführt; denn der Geistliche hat überall den größten Einfluß, so daß der Lehrer dagegen nicht aufkommen kann. Wenn man in der Konfessionalität so weit geht, dann kommt man schließlich zu konfessionellen Gymnasien und zur konfessionellen Schulaufsicht und schließlich auch dazu, zwei Kultusminister anzustellen. Die katholische Abtheilung ist das mindeste, was gewährt werden muß. Einen Entwurf, wie er hier vorliegt, können wir nicht annehmen; er widerspricht unserem Gewissen und den Bedürfnissen einer gemischten Bevölkerung, die sich nicht mehr verstehen würde, wenn sie in Konfessionen auseinander gerissen wird. Wenn der Ministerpräsident dafür kein Verständniß hat, so können wir es ihm nicht beibringen. (Zustimmung links.) Dem gegenüber darauf loszuschlagen und die Gegner des Atheismus zu beschuldigen, das ist in den Annalen des Parlamentarismus überhaupt noch nicht dagewesen. (Lebhafte Weisfall links.) Warum hat man bezüglich der Privatschulen nicht die Bestimmungen des badischen Gesetzes angenommen? Danach dürfen Stiftungen und Korporationen nur mit Genehmigung der Regierung Privatschulen errichten und kirchliche Korporationen nur auf Grund eines besonderen Gesetzes. Ob freilich der Minister bei Aufnahme solcher Bestimmungen noch die Unterstützung seiner Getreuen im Centrum gefunden hätte, ist mir zweifelhaft. Bezüglich der Kampfesweise des Ministers will ich bemerken: Es ist eine Ehre, mit jedem Mitgliede des Hauses zu kämpfen; ob es Vergnügen macht, ist etwas anderes. Der Minister hat meinem Kollegen v. Gynern persönlich begegnet, wie es seine Rede wohl nicht verdient hat. Wenn der Minister daran eine Apotheose des Herrn Richter geknüpft hat, so wird sich dieser dafür wohl nächstens bedanken; Herr Richter hat mit dem früheren Reichskanzler sehr schlecht gestanden; er steht mit dem jetzigen Reichskanzler nicht besser, wohl aber, wie es scheint, mit dem neuen aufgehenden Stern am parlamentarischen Himmel. Der Vorstoß des Ministers richtete sich nicht gegen Herrn v. Gynern, sondern gegen die geheime Verschwörung, die der Minister mit der Rühligen beigezeichnete. Die Auslassungen des Herrn von Bennigsen zogen nur die politischen Konsequenzen aus diesem Entwurf. Das Bild war übrigens schlecht gewählt. Der Schwur auf dem Hüfti erfolgte zur Abwehr einer großen Tyrannei; wenn damit zugegeben werden soll, daß es sich hier um eine geistige Tyrannei handelt, so können wir damit einverstanden sein. Ebenso wenig richtig finde ich den Hinweis auf den liberalen Musterstaat Baden. Es ist wohl nicht sehr geschmackvoll, daß der Minister in dieser Weise spricht von diesem Staat, dessen liberale Politik der badische Landesherzog noch jetzt vollständig gebilligt hat. (Sehr richtig! links.) Vielleicht wollte der Minister seine neuen Freunde beim Centrum dadurch kaptivieren; denn nur aus dem Centrum fand er Weisfall. (Unruhe im Centrum.) Der Minister stellte in Aussicht, daß der Religionsunterricht da, wo es mit dem staatlichen Interesse vereinbar ist, in polnischer Sprache erteilt wird, während Graf Limburg-Stürum sich kurz vorher dagegen ausgesprochen hatte. Es handelt sich dabei wohl auch um eine gewisse Taktik, denn man braucht die Polen zur Durchbringung dieses Gesetzes. Der Ministerpräsident hat sich einen Standpunkt als Jupiter zu recht gemacht, von dem herab er auf die Parteien herabblitzt. Wir haben die Regierung unterstützt bei der Einbringung der nationalen Erziehungsgesetze und wenn der Ministerpräsident das Wort „national“ für veraltet erklärt hat (Widerspruch rechts), dann scheint er mir vergessen zu haben, daß der verstorbene Führer des Zentrums ein Partikularist bis an sein Lebensende geblieben ist. Das Centrum hat seine Zustimmung in jeder Lage nur gegeben, wenn es Gegenkonzeptionen erhielt. (Widerspruch im Centrum.) Durch solche Rücksichten hat die nationalliberale Partei sich niemals leiten lassen. Von dem Amtsvorgänger des Ministerpräsidenten ist auf das Zusammengehen aller gemäßigten Elemente ein großes Gewicht gelegt. Diese gemäßigten Elemente bilden einen Grundstock für die Regierung; Herr Graf von Caprivi hat aber dieses kostbare Gut der gemäßigten Elemente vollständig abgewirrhacht. Wir sind in die Opposition hineingedrängt. Wir nehmen selbstverständlich, wenn er uns hinzugezogen wird, den Selbstbehalt auf. Wir schlossen aus der brüßlichen Art und Weise, wie Herr v. Gynern abgesetzt wurde, daß der Kultusminister beauftragt sei, uns den Handschuh hinzuworfen. Im Kampfe gegen die Sozialdemokratie sollen die Parteien vereint werden; das Centrum hat ja die katholische Kirche immer aufgebracht als Heilmittel. Die Sozialdemokratie ist auch eine Weltanschauung; aber wenn die Gefahr der Sozialdemokratie noch größer würde, die Religion wollen wir nicht als Schutzmann gegen die Sozialdemokratie verwenden, denn wer solche Neben-zwecke mit der Religion verbindet, der wird danach beurtheilt. Der Kurs fährt uns jetzt hinaus in das dunkle Meer der Abhängigkeit des Staates von der Centrumspartei. Wir hatten auf einige Verständigung gehofft. Wenn man wie der Ministerpräsident uns zusammenwirft, wenn auch nicht mit Atheisten, so doch mit Leuten, deren Handlungen zum Atheismus führen, so ist die Verständigung ausgeschlossen. Ich glaube nicht, daß diese Worte draußen im Lande uns schaden werden. Das sind vergiftete Pfeile; sie prallen zurück auf den, der sie absandt. (Zustimmung links.) Dem Ministerpräsidenten kann ich nur empfehlen, seinen eigenen Rath zu befolgen und selber objektiv zu urtheilen. (Lebhafte Weisfall links; Lachen rechts.)

Kultusminister Graf v. Jeditz: Wenn man durchleuchtet läßt, ich hätte das badische Gesetz umfassender zitieren sollen, und wenn man dann selbst so unzutreffend zitiert wie der Vorredner, dann trifft das Wort von den Steinen und dem Glasause zu. In dem badischen Gesetz heißt es, daß auf die Konfession der Schüler i h u n i c h t Rücksicht genommen werden soll. (Jura: thantisch!) Wo nur eine Konfession vorhanden ist, soll der Lehrer dieser Konfession angehören, sonst der Konfession der Mehrheit der Schüler. Auch bezüglich der Privatschulen befaßt das badische Gesetz etwas Anderes, als der Vorredner angeführt hat; die Vorschriften finden sich in meinem Entwurfe ebenfalls. Es ist getadelt worden, daß ich die Verhältnisse eines befreundeten Landes in die Debatte gezogen habe, ohne zu bedenken, daß der Regent dieses Landes die Politik desselben gebilligt hat. Es ist schwer, auf eine solche Bemerkung zu antworten, denn sie trägt einen Charakter, den ich nicht bezeichnen will. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe die Institutionen dieses befreundeten Landes angezogen, um den Beweis zu bringen, daß das, was ich bringe, nicht schlechter ist; und damit soll ich dem Lande zu nahe getreten sein! Liberaler Musterstaat. Ist das ein Tadel?

Vermischtes.

Wegen Mißhandlung wurden in Essen zwei Schuhteute zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Sie hatten einen Betrunknen, der sie angeblich durch Schimpfworte beleidigt hatte, zur Erde geworfen und geschlagen.

Stanislaus Walewski, welcher seiner Zeit den russischen General Seliverstoff in Paris ermordete, soll sich in San Antonio (Texas) entleibt haben, wo er, wie der New-Yorker „Sun“ mittheilt, unter dem Namen Otto Hüfer sich aufhielt.

Das Mörder-Paar Schneider in Wien wurde der Ermordung der Dienstmädchen schuldig befunden und zum Tode durch den Strang verurteilt. Das Todesurtheil wird zuerst an der Frau vollzogen.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

West, 29. Januar. Es sind von 875 für gestern und heute anberaumten Wahlen bis jetzt 875 Resultate bekannt. Es wurden gewählt 202 Liberale, 56 Nationale, 69 Unabhängige, 13 Agronisten, 5 Parteilose. Die Liberalen verloren bisher 15, die Parteilosen 6 Sitze; die Nationalen gewannen 14, die Unabhängigen 4 und die Agronisten 3 Sitze.

Rom, 29. Januar. Der Senat ertheilte mit 104 gegen 5 Stimmen den Handelsverträgen mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sowie mit 105 gegen 5 Stimmen der Verlängerung des italienisch-spanischen Handelsvertrages seine Zustimmung.

(Depeschen des Bureau Herald.)

New-York, 29. Januar. Bei einem großen, von den Seidenwebern gestern abgehaltenen Meeting, wurde die Mac Kinley Bill von den Arbeitern verurtheilt, da durch sie die Löhne in ihrem Geschäft zurückgegangen seien. Seit 2 Jahren seien dieselben um 45 pCt., resp. von 16 Doll. auf 9 Doll. wöchentlich reduziert worden.

Briefkasten der Redaktion.

A. N., Antonsstr. Sie müssen beim Amtsgericht wegen des rückständigen Lohnes klagen werden; einen schnelleren Weg giebt es nicht. Die Klage ist gegen den Poller nur in dem Falle zu richten, wenn derselbe nachweislich für eigene Rechnung den Bau oder einzelne Arbeiten desselben in Entreprise genommen hat. Andernfalls muß der Bauunternehmer verklagt werden. Sie können auch, falls nicht Ausschluß der Kündigung verabredet war, auf Schadensersatz wegen der 14 Tage, soweit Sie innerhalb dieser Zeit nicht anderweit Arbeit gefunden haben, klagen werden, desgleichen wegen der einen fehlenden Quittungsmarke. Wegen letzterer wären Sie auch zum Strafantrag bei Polizei oder Staatsanwalt befugt.

K. Aufnahme entgegen Früherem doch nicht rathlich. H. Schöpfe. Versammlungsberichte von aktuellerem Interesse müssen den anderen vorangehen. Außerdem wollen Sie den durch die Parlamente verursachten Stoffandrang berücksichtigen.

M. Zahan. Schon berichtet. Besten Dank. R. Nr. 11. Sie können sich hier abmelden. 2. Wenn Sie Jemand finden, der Ihnen auf Ihr Erbtheil Geld leiht, warum nicht?

G. II. Die Adresse eines solchen Mannes ist uns nicht bekannt. Es dürfte derartige Kommissionäre überhaupt nicht geben.

S. E. 3. Für den Spieler sind beim Stat erst 31 „rand.“ H. C. Richardplatz. Wenn der Brief eingegangen ist, wird er auch beantwortet.

Zammelliste Nr. 88 (noch unbeschrieben) zum Unterstützungsfonds der Arbeiterinnen an Buch- und Steinbrud-Schnellpressen ist verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, die Liste im Arbeitsnachweis des oben genannten Vereins, Dresdenerstraße 126, bei Grindel abzugeben.

Für die Arbeiter-Bildungsschule empfangen von O. B., Eintracht-Klubschule 3 M., von Jepphon, Süd-Str.-Schule 8 M. 65 Pf. Vom Genossen E. Böhl einen Zeitungsschranke. Besten Dank

G. Gumpel, Barnimstraße Nr. 42.

Schröder's Salon, Mantelstraße 9.

Sonntag, den 31. Januar 1892:

Großes Instrumental-Konzert

arrangirt und ausgeführt von beschäftigungslosen Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker Berlins und Umgegend.

Anfang des Konzerts 6 Uhr. Entree 20 Pf.

Nach dem Konzert: Großer Ball.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

987/14

J. N.: G. Schöner.

Öffentliche

Versammlung für Frauen u. Männer

zu Gunsten der

Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung

Sonntag, 31. Januar, Ab. 8 Uhr, Grätwell'sche Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79.

L. D.: 1. Vortrag über: „Sibirien“. Referent: J. Türk. 2. Diskussion.

Geselliges Beisammensitzen. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein.

Der Einrufer.

Orts-Krankenkasse der Tischler und Pianoorte-Arbeiter.

Die Mitglieder-Versammlung, betreffend die Aufstellung der Delegirten eventuell Neuwahl derselben, findet in folgendem Lokale statt:

Im Bezirk des Kassirers Schropfer: Sonntag, den 31. Januar, Vormittags 10 Uhr, im „Eichler“, Chausseestraße. Zahl der zu wählenden Vertreter 46. Die freiwilligen Mitglieder, welche ihre Beiträge direkt im Kassensolal bezahlen, wählen mit.

Bei der hohen Wichtigkeit der Delegirtenwahl ist es Pflicht aller Mitglieder, sich recht zahlreich zu betheiligen.

Die Kommission.

225/9

Freie Vereinigung der Kaufleute.

Es diene hierdurch den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Monatsbeiträge für die Folge durch einen Boten gegen Quittung eincolliert werden.

Die Mitglieder werden daher gebeten, Wohnungsveränderungen sofort dem unterzeichneten Vorstand anzuzeigen und ihre resp. Briefe zur Zahlung anzuweisen. Der Kassirer ist nach wie vor in den monatlich zweimal stattfindenden Versammlungen zur Entgegennahme der Beiträge bereit. Gleichzeitg machen wir auf die jeden Montag Abend stattfindenden gemütlichen Zusammenkünfte im Restaurant Gudenburg, Kommandantenstraße Nr. 10/11, aufmerksam. Ebendasselbst zur Vernehmung: Bibliothek, verschiedene kaufmännische Fachschriften und das „Sozialpolitische Centralblatt“ (Herausgeber Dr. Heinrich Braun-Berlin). Am Donnerstag, den 4. Februar cr., findet die nächste Versammlung bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, statt.

177/11

Der Vorstand. J. N.: Albert Laasch, Wittenwalderstr. 47.

191/15

1932L

Unsern Kollegen und Genossen Richard Wustrow, zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch! Die Falkensteiner von Parzelle 13. Lange Reden, kurzer Sinn, — laß lieber gießen. 1195b

Unsern Freunde und Genossen G. Lieh, zum heutigen Wiegenfeste ein donn. Hoch, daß die ganze Andreasstraße wackelt. G. L. S. S.

Allen Verwandten, Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß mein Mann, der P u h e r Reinhold Schramm, am Mittwoch, den 27. d. M., nach kurzem Krankenlager verschieden ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. d. M., Vorm. 11 Uhr, von der Charité nach d. Charité-Strebhof statt. Die trauernde Wittwe.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Theilnahme bei der Beerdigung unserer einzigen Tochter

Anna Jhn

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten innigsten Dank, besonderen Dank dem Jhn'schen Gefangenen „Humor“ 1198b

Hermann Jhn und Frau.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die Theilnahme am Begräbniß meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwieger- und Großmutter Auguste Kerfort geb. Südko, insbesondere dem Gefangenen „Berliner Typographie“, sagen wir hiermit unseren innigsten Dank. 1200b Die trauernden Hinterbliebenen.

Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfarbeiter.

Sonntag, 31. Januar, Vorm. 10 1/2 Uhr:

Ordentl. Generalversammlung

bei Boltzmann, Andreasstr. 26.

Tagesordnung:

1. Jährlicher Kassensbericht. 2. Bericht

des Vorstandes. 3. Abrechnung vom

Stiftungsfest. 4. Wahl des Vorstandes.

5. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Der Vorstand.

191/15

1932L



Solidarität!

Arbeiter! Nur Güte, welche nebenstehende Marke unter dem Schweißleder tragen, bieten Garantie, daß den Berechtigten gerechtes Lohn wurde!

Es kauft nur Güte mit dieser Marke!

In folgenden Geschäften sind Hüte mit Kontrollmarken zu haben:

- H. Aertsons, Prinzenstr. 28.
- O. Arnold, Dresdenerstr. 116.
- Rud. Boisso, Chausseestr. 70.
- A. Becker, Reindendorferstr. 14a.
- O. Böttcher, Lichtenbergerstr. 1.
- A. Bracklow, Schönhauser Allee 29.
- Alb. Binn, Landsbergerstr. 43.
- W. Böhm, Blücherstr. 11.
- Dresdenerstr. 123.
- L. Cohn, Andreasstr. 67.
- H. Diederich, Oranienstr. 9.
- Mariannenstr. 43.
- G. Dausing, Dresdenerstr. 6.
- Paul Drensko Nachf., Oranienstr. 172.
- A. Ernst, Barnimstr. 17.
- P. Fraudo, Müllerstr. 163.
- A. Fuchs, Mantelstr. 35/36.
- Staligerstr. 99.
- Th. Gerlach, Liniensstr. 89.
- Gust. Gross, Frankfurter Allee 167.
- G. Gottmann, Frankfurterstr. 190.
- R. Haase, Kasanien-Allee 86.
- Fr. Haupt, Große Frankfurterstr. 145.
- W. Hildebrandt, Schönhauser Allee 4.
- O. Jörs, Panfstr. 5a.
- A. Kehr, Köpckeplatz 126.
- W. Klem, Bernauerstr. 108.
- G. Köpke, Prinzenstr. 60.
- Potsdamerstr. 126a.
- Kriegshammer, Bellealliancestr. 91.
- G. Knaake, Andreasstr. 24.
- O. Kuhle, Waldemarstr. 28.
- P. Kunz, Prinzen-Allee 87.
- Emil Kunze, Brunnenstr. 87.
- Ph. Krull, Rheinsbergerstr. 50.
- Franz Köppen, Müllerstr. 14a.
- O. Liskow, Oranienstr. 47a.
- Arnold Lange, Brunnenstr. 136/137.
- O. Schulze, Kuppingerstr. 27.
- H. Weisner, Neue Hochstr. 43.
- Ernst Nauon, Oppelnerstr. 45.
- A. Nauon, Brangelstr. 99.
- Ch. Otto, Chausseestr. 22.
- G. Polvoigt, Frobenstr. 28.
- C. Pimpel, Landsbergerstr. 103.
- P. Pöhl, Schermerstr. 12.
- Böhme, Potsdamerstr. 104.
- W. Rother, Arndtstr. 31, vis-à-vis der Schendendorffstraße.
- E. Risck, Wadstr. 64.
- C. Schulz, Swinemünderstr. 145.
- A. Schlegel, Brunnenstr. 33.
- Carl Stark, Neue Königstr. 73.
- H. J. Stoboy, Oranienstr. 170.
- Strossemann, Neue Königstr. 11.
- P. Sporreuter, Poststr. 16.
- W. Sy, Brunnenstr. 139.
- Carl Walter, Münzstr. 8.
- A. Wittensbocher, Roabit, Südeckerstr. 4.
- Rud. Wegener, Stromstr. 59.
- W. Zapel, Staligerstr. 131 (neben Friseur u. Köhmann).
- A. Zochellus, Eisenbahnstr. 10.
- C. Hättig, Fehrbellinerstr. 88.
- E. Bergmann, Markgrafenstr. 100.
- C. Sarsch, Fehrbellinerstr. 56.
- W. Bennecke, Potsdam, Jägerstr. 86.
- C. Böttcher, Friedrichshagen.
- Bosselmann, Charlottenburg, Scharrenstr. 11a.
- T. Koschel, Charlottenburg, Sophie-Charlottenstr. 27.
- E. Radow, Charlottenburg, Berlinerstraße.
- P. Julow, Bankow, Breitestr. 24.
- G. Schaudt, Neu-Weisenfer, Langhansstr. 71.
- O. Schmidt, Köpenick, Kiekerstr. 41.
- A. Klinge, Köpenick, Grünstr. 88.
- C. Wanko, Rixdorf, Bergstr. 9.
- R. Weidner, Dresdenerstr. 100.

Von Seiten der Händler wird sehr oft der Kniff angewendet, indem sie sagen: Für diese Sorte Hüte giebt es keine Marken.

Wir machen darauf aufmerksam, daß es Hüte mit Marken in allen Preislagen und Qualitäten giebt und die Rede nur gemacht wird, um den Käufer irre zu führen.

Indem wir die Genossen bitten, nur die von uns veröffentlichten Geschäfte zu berücksichtigen, ist es auch hier nöthig, sich zu überzeugen, daß die Marke schon vorher im Gute steht.

Jedes Einleben der Marke beim Kauf ist Beitrag. Alle Unregelmäßigkeiten bitten wir an uns zu berichten.

Die Arbeiter-Kontroll-Kommission.

J. N.: C. Kempe, Georgenkirch-Platz 8, NO.

Bestellungen auf „Vorwärts“, „Vollsbblatt für Zeltow“ u. f. w., „Vollsb-Zeitung“ — sowie Annoncen in genannten Blättern — nimmt entgegen Heinrich Böfert, Bismarckstraße 51.

Hutfabrik von Emil Kunze, Brunnenstr. 87. Hüte nur mit Kontrollmarke. Große Auswahl in Kravatten, Herren- und Frauenmützen zu den billigsten Preisen. 1928L

Rechts-Bureau des königlichen Amtsrichters a. D., Alto Jakobstrasse 130. Gewissenhafter Rath, Hilfe in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Sonntags bis 4 Uhr. 1936L

Schuh und Stiefel mit Kontrollmarke, empfiehlt F. Janke, Langestr. 90. 1200b

Frdl. saub. Schlafst. f. anst. Mädch. b. ein. Wittwe, Mantelstr. 4 u. p. r. 1936L

Möbl. Schlafst. an 2 Gen. zu verm. bei Pope, Staligerstr. 54a, Etl. I. I. 1936L

Frdl. Schlafst. z. verm. Prinzeßinnenstraße 27, bei Matthes. 463M

Rixdorf, Kopfstr. 35a, freundl. Wohn. v. 1-3 Stuben u. Zub., Wasserl. Clof., billig zu verm. 439M

Schriftgiesser! Heute Abend, Versammlung in der Kamerunstraße, Eisenstr. 96 (Kofenthalerthor). Löppchen, Ede und Adlerauge sind da. 1199b

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins. Schuh- und Stiefel mit Kontrollmarke, empfiehlt J. Schülke, Pädlerstr. 14. 1180b

Rixdorf, Berlinerstraße 70, sind freundliche Wohnungen von Stube und Küche, separater Eing., von 150 bis 210 M. sofort zu verm. 1044b

Schuhmacher, erfahren und tüchtig, 5 Jahre selbstständig, sucht Stellung als Zuschneider oder Werkführer, am liebsten in best. Schuhgeschäft. Off. sub 122 F. U. besörd. Haackstein u. Vogler u. O. Berlin SW. 1208b

Ein im Pianobau vollständig bewandeter Klaviermacher, welcher in einer großen Provinzialstadt die Leitung von 20 Mann übernahm, kann, wird gar gute Kräfte w. nebst Gehaltsspr. Abr. sub F. L. 29, Postamt 51, einr. Tüchtige Farbmalerschülerinnen auf glatte Leisten, welche auch Bronzeleuten machen können, verlangt. 1202b Grabow u. Ko., Köpckeplatz 124.

Die Uhren-Fabrik von G. Wewow Nchf. Oranienstr. 172, empfiehlt zu soliden Preisen: [1812L] Nickel-Remontoir v. 10 M. Regulatore v. 14 M. Silb. Chf. Remontoir 14 " Wecker versch. Mod. 3 " Gold. Damen-Uhren 20 " 3 Jahre Garantie.

„Die Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Herausgegeben von Emma Jhrer in Velten (Mark) unter der Redaktion der Frau Klara Zetkin (Eisner), Stuttgart. Erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Alle Kolporteurs, Zeitungsspediteure, sowie der Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt, Berlin SW., Benthstr. 2, nehmen Bestellungen entgegen.

Wiederverkäufer, sowie Vereine erhalten bei Abnahme einer größeren Anzahl von Exemplaren Rabatt. Die Arbeiterinnen Berlins sind hiermit besonders darauf aufmerksam gemacht. Probenummer gratis. Nr. 1 und 2 sind bereits erschienen.

Marken 3, quittiren von Partei-Beiträgen empfiehlt allen Genossen die Quittungsmarken und Kautschuk-Stempelfabrik von Conrad Müller, Jähkendi-Kieppig. Preisliste gratis und franco.

Nur 1 Mark. Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Civil- und Strafprozeß, Einziehung von Forderungen. Pollak, Jeltz Kanpachstr. 7, I. Auch Sonntags. Schuhe und Stiefel mit Kontrollmarke empfiehlt 1893L C. Nitschke, Kasanien-Allee 86.

Redakteur. Ein tücht. Parteigenosse, Buchdr., Realgymn.-Bild., Redner, journalistisch und literarisch befähigt, wünscht die Redaktion eines Parteiblattes zu übernehmen. Off. sub „Einheit“ i. d. Exp. d. Bl. abg.

Bierverlag nebst Kassa für 6000 M. bei 3000 M. Anzahlung (altes Geschäft) Nähe des Moritzplatzes, zu verk. Off. sub I. R. 177 Exp. d. Bl. Genossen, der billige Schweinefleisch-Verkauf, 5 Pf. 55 Pf., befindet sich Schwedterstr. 21.